

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Volle Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Dienstbüro 10 Pf. ohne Zeiträgen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Geschreiber: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbandsgirokonto Nr. 3. — Postfach 12548. Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die jedocheitliche Vollzeitung 10 Pf., außerhalb der Kreishauptmannschaft: 10 Pf. im örtlichen Teil einer vom Beobachtenden die Seite 200 Pf. — Einzelblatt nach Zeichnungen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Lehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 47

Freitag den 24. Februar 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Tanzplan betr.

Die Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksausschusse hat ihr Einvernehmen mit dem Saalinhäberverband den Tanzplan für regelmäßige Tanztage auf das Jahr 1922 in derselben Weise wie für 1921 genehmigt.

Für die Saalwirte von Altenberg wird, und zwar gleichfalls im Einvernehmen mit dem Saalinhäberverband, von dem Bezirkstanzplan Ausnahme bewilligt.

Dippoldiswalde, am 18. Februar 1922.
166 D. Die Amtshauptmannschaft.

Brotmarken

werden Freitag, den 24. da. Uhr, vormittags von 10—12 Uhr im Rathaus ausgegeben.

Dippoldiswalde, am 23. Februar 1922. Der Stadtrat.

Der Gemeindeverfassungsentwurf.

Das Ministerium des Innern hat bekanntlich einen Entwurf einer neuen Gemeindeverordnung ausgearbeitet, der zurzeit den in Frage kommenden Stellen zur Begutachtung vorliegt. Die Angelegenheit ist wichtig genug, um auch in der breiten Öffentlichkeit Interesse zu erwecken. Man wird deshalb schwer verstehen, warum dieser Entwurf im Gegenjahr zu dem seinerzeit vom sozialistischen Gemeindepolitiker Fischer ausgearbeiteten bisher nicht auch weiteren Kreisen zugänglich gemacht wurde. Der Zentralunion-Schlesien ist nunmehr in der Lage, über den Inhalt des Entwurfs einiges mitzutragen:

Für das Gemeindehaupt steht der Entwurf die Bezeichnung "Bürgermeister" vor. Es wird also die Bezeichnung "Gemeindevorstand" ebenso in Wegfall kommen, wie die Bezeichnung "Oberbürgermeister". Für die Ratsvorstände in den größeren Städten, wo bereits Bürgermeister vorhanden sind, soll es keinen Oberbürgermeister, sondern nur einen "1. Bürgermeister" geben. Der Entwurf bestätigt in den Städten die seitherige Magistratsverfassung und setzt an ihre Stelle die Bürgermeisterverfassung. Die Gemeindevertretung soll aus mindestens 8 und aus höchstens 20 Gemeindevertretern bestehen. Für die Annahme gemeindlicher Ämter sieht die Vorlage einen Zwang vor. Ein solches Amt darf nur abnehmen, wer älter als 60 Jahre ist, wer wegen seines Gesundheitszustandes an der dauernden Erfüllung der mit dem Amt verbundenen Verpflichtungen verhindert ist, wer längere Zeit ortsbewegend sein würde, wer durch die Ausübung des Amtes in seiner Berufs- oder Erwerbstätigkeit wesentlich gestört würde, wer ein öffentliches Amt bereits 12 Jahre bekleidet hat oder wer ein solches Amt 6 Jahre inne gehabt hat, für die Dauer der nächsten 6 Jahre und schließlich auch, wer die politischen und wirtschaftlichen Anfichten der übrigen Angehörigen des Wahlvorschlags nicht mehr zu teilen vermag. Wer sich weigert, ein solches Amt anzunehmen, kann auf die Dauer der ihm angekündigten Verpflichtung mit einer jährlichen Geldstrafe bis zu 5000 M. belegt werden. Für die Strafbauer ist dem Straftäglichen das Strafrecht zu entziehen.

Die Gemeindevertreter sollen für ihre Beschlüsse nur insoweit verantwortlich sein, als sie damit ihre gesetzlichen Besugnisse überschreiten, ein Strafgesetz vorleben oder über besseres Wissen in unrechtmäßiger Absicht handeln. Unter den Gemeindeausschüssen ist neben einem Verwaltungs- und einem Finanzausschuss auch ein Ausschuss für Wohlfahrtspflege vorgesehen.

Wähleramt zum Bürgermeister ist jeder Deutscher, der am Wahltag das 25. Lebensjahr vollendet hat und in der Gemeinde wohnt. Handelt es sich um die Stelle eines berufsmäßigen Bürgermeisters, so ist auch ein auswärts Wohnender wählbar. Durch Ortsgebot kann für einen oder mehrere berufsmäßige Bürgermeister eine besondere Beschränkung gefordert werden.

Die Stellung eines Stadtverordnetenvorstebers kommt ebenso in Wegfall, wie die Einführung des kollegialen Stadtrates. Der Bürgermeister leitet die gesamte Gemeindeverwaltung und bereitet die Verhandlungen der Gemeindevertretung vor, beräumt ihre Sitzungen ein, führt in ihnen den Vorsitz und sorgt für die Ausführung der gefassten Beschlüsse. Im Falle der Stimmgleichheit entscheidet seine Stimme. Er ist für die Gesetzmäßigkeit des Gemeindebeschlusses verantwortlich; infolgedessen steht ihm ein Einspruchswidder Beschluss zu, die er für ungesehlich hält, wie auch gegen solche, die er als für die Gemeinde öffentlich nachteilig ansieht. In der Regel muss in allen Gemeinden mindestens ein berufsmäßiger Beamter zur Befolgung des schriftlichen Dienstes (Aatschreiber) und des Kassen- und Rechnungswesens (Kämmerer) vorhanden sein.

Der Entwurf hat die Tendenz, die Bildung größerer gemeindlicher Verwaltungskörper durch Zusammenschluss von Gemeinden, durch Bildung von Gesamtgemeinden und von Zweckverbänden zu begünstigen. Er behält deshalb auch dem Ministerium unter gewissen Klausuren das Recht vor, die zwangsläufige Vereinigung von Gemeinden anzurufen. Zusammenliegende Gemeinden können sich zu einer bezirkstreuen Verwaltungsgemeinschaft (Gesamtgemeinde) zusammenschließen. Gegen die Bildung von Gesamtgemeinden von mindestens 25 000 Einwohnern dürfen Bedenken wegen der Bewohnerzahl oder der Leistungsfähigkeit von Seiten des Ministeriums nicht erhoben werden. Im übrigen ist zur Bildung von Gesamtgemeinden die Genehmigung des Ministeriums des Innern erforderlich. Der Bürgermeister ist zugleich in allen in der Gesamtgemeinde zusammengefassten Ortschaften Vorsitzender des Ortsrates und ist als solcher Befugnisse aus, die dem Bürgermeister einer Einzelgemeinde zustehen.

Einzelgemeinden und Gesamtgemeinden können sich zur Erfüllung bestimmter Aufgaben, die auf dem Gebiete der Gemeindebständigkeit liegen, zu Zweckverbänden zusammenschließen. Die staatliche Zulassung erfolgt für die bezirkstreuen Gemeinden durch die Kreishauptmannschaft, für die übrigen Gemeinden durch die Amtshauptmannschaft, die bis auf weiteres als Bezirkverbände beibehalten werden sollen. Die noch bestehenden selbstständigen Ortsbezirke haben sich nach dem Entwurf bis zum 31. Dezember 1922 mit benachbarten Gemeinden zu vereinigen.

Auf Verlangen des Gemeinderates hat ein beim Inkrafttreten des Gesetzes im Amt befindlicher Bürgermeister sein Amt niederzulegen. Dieses Verlangen kann erstmals binnen 6 Monaten nach dem Inkrafttreten des Gesetzes und später binnen 6 Monaten nach Ablauf einer sechsjährigen oder weiteren sechsjährigen Amtszeit gestellt werden. Geschieht dies, so ist dem Bürgermeister das letzte Diensteinkommen, falls er auf Lebenszeit gewählt ist, voll, sonst bis zum Ablauf seiner Dienstzeit voll und von da bis zur Hälfte als jährliche Rente aus Lebenszeit zu gewähren. Die bisherigen Inhaber befördeter Stadtratsstellen scheiden binnen 3 Monaten nach dem Inkrafttreten des Gesetzes oder im beiderseitigen Einverständnis früher aus den Diensten, wenn sie dies binnen einem Monat erklären. Geben sie diese Erklärung nicht innerhalb des vorgeschriebenen Frist ab, so gelten diejenigen von ihnen als unklarbar angestellte Beamte, die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes 2 Jahre im Amt waren. Bei den übrigen kann die Einstellung für den Zeitpunkt des Ablaufes ihrer Wahlzeit widerrufen werden. Der Widerruf kann nur spätestens 3, frühestens aber 6 Monate vor Ablauf der Wahlzeit erfolgen. Erfolgt kein Widerruf, so gelten sie vom Ablauf der Wahlzeit ab als unklarbar angestellte Beamte.

Der Bezirkstag kann erstmalig binnen 6 Monaten nach dem Inkrafttreten des Gesetzes mit Mehrheit bei Anwesenheit von zwei Dritteln der Mitglieder die Abberufung des im Amt befindlichen Amtshauptmanns beim Ministerium des Innern beantragen, wenn Umstände vorliegen, die das Vertrauen der Bezirkssvertretung zur Amtsführung des Amtshauptmanns erschüttert haben. Später kann ein solcher Abberufungsantrag nur jedesmal binnen 6 Monaten nach Ablauf einer sechsjährigen Amtszeit gestellt werden. Sind Stellen eines Amtshauptmanns neu zu besetzen, so steht dem Bezirkstag das Recht zu, dem Gesamtministerium Personen vorzuschlagen.

Die Gemeinden, die beim Inkrafttreten des Gesetzes keinem Bezirksvorstande angehören, bleiben bezirkfrei. In dieser Bestimmung liegt eine Art für eine Reihe von kleineren Gemeinden, die jetzt die revidierte Städteordnung angenommen haben, bedeutsame Abweichung gegenüber dem bisherigen Entwurf.

Damit sind eine Reihe wichtiger Bestimmungen des neuen Entwurfs wiedergegeben worden. Es wird zu prüfen sein, ob es sich als zweckmäßig erwies, alle Gemeinden des Landes so, wie es der Entwurf vorsieht, in einen einzigen verfassungsmäßigen Rahmen zu spannen und den Gemeinden die Bürgermeisterverfassung aufzuerlegen. Bekanntlich ist schon von verschiedenen Seiten und nach verschiedenen Richtungen hin Widerdruck gegen Einzelheiten des Entwurfs erhoben worden. Ob daher der Entwurf allenthalben in der stilisierten Fassung an den Landtag kommt, bleibt abzuwarten.

Örtliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Nachdem vor einigen Tagen die Hrimburgin Frau Kunze bei einem Hause auf dem Berreuther Berg beide Röhren eines Armes gebrochen, ist vorgestern infolge der Glätte Frau Mattheit am Markt ausgestolzen und hat die eine Röhre des linken Armes angebrochen.

— Tagessordnung für die 2. öffentliche gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Röperschäften Freitag den 24. Februar 1922 abends 7 Uhr. Herauslegung des Zinsbuches bei der Girolasse. — Lehrplan der Bürgerschule. — Unschließend 5. Sitzung der Stadtverordneten: a) öffentliche Sitzung: Gaspreiserhöhung. — Hundesteuer-Erhöhung. — Wahl der Mitglieder in den Grundsteuer-Ausschuss. — Mädchenfortbildungsschule. — Kombinations- und Uebungskunden an den Fachschulen. — Beihilfengewährung an die Kinderbewahranstalt. — b) Nichtöffentliche Sitzung.

Glashütte. Unsere lebhafte forschende industrielle Entwicklung läßt sich auch aus unserer Einwohnerziffer erkennen, die Anfang Februar d. J. das dritte Tausend überschritten. Es wurden am 3. Februar 3015 Personen hier festgestellt. — Der weit über 100 aktive Sänger zählende Männergesangverein „Sängervereinigung“ stand jüngst vor der Frage eines Übungsortwechsels, da das gegenwärtige Lokal, der Posthofsaal, infolge Umwandlung dieses Gasthauses in ein Ledigenheim, vom Vereine geräumt werden muß. Die „Sängervereinigung“ hat nunmehr im Gasthof „Stadt Dresden“ sich ihr Übungsortlokal sichern können, und zwar werden die Geschwister Kaiser dem Vereine den Orchesterraum durch Hinzufügen eines Fremdenzimmers und Einbauen von Fenstern nach dem Saale zu so herrichten, daß er genügend groß wird zu dessen Übungssabenden. Dem Vereine ist dadurch eine ihm die letzten Monate vorliegende schwierige Frage bestreitigend gelöst worden.

Hirschsprung. Das Glück in der Gesangsgesellschaft gefunden hat ein Kind unserer Gemeinde, ein Bruder des hier wohnenden Zimmermanns Herrn Paul Vogler. Der Bruder desselben stand vor Ausbruch des Krieges auf einem Handelschiff als Obermaat in Diensten und geriet bei Ausbruch desselben aus, die dem Bürgermeister einer Einzelgemeinde zustehen.

in französische Gefangenshaft als Vollgesangener. Nach einiger Zeit schlechter Behandlung kam er auf eine Farm in der Nähe von Bordeaux (Südfrankreich). Der Besitzer derselben, der außer dieser selbst bewirtschafteten Farm noch zwei weitere besaß, die er aber verpachtet hatte, war ein Junggeselle in Gefangenenschaft eines Mädchens, das er als Waisenkind zu sich genommen hatte. Der Fleisch des deutschen Mannes und seine Intelligenz in landwirtschaftlichen Arbeiten ließen ihn bald zum Freunde des alten Mannes werden, zugleich auch zum Freunde des Mädchens. An seinem Geburtstage, als er seine Heimat aufsuchte, dastanden einige Dellen auf dem Kopfteller seines Bettes. Auf seine erstaunte Frage am nächsten Morgen, was dies zu bedeuten habe, erklärte das Mädchen offen und ehrlich, daß es ein Liebeszeichen sei. Immer inniger schlossen sich nun beider Herzen zusammen. Dieser Liebe entspricht ein Knäblein. Über nach Beendigung des Krieges, als alle Gefangenen heimkehrten, ergreift auch ihn die Sehnsucht nach der Heimat, die er 15 Jahre lang nicht mehr gesehen hatte. Gegen den Willen seines alten Freundes und seiner Braut reiste er in die Heimat. Nach einiger Zeit erreichte ihn hier ein Telegramm, daß seine Braut in Mainz sei und er sie abholen solle. Trotz der Schwierigkeiten, die ihr bereitet wurden, hatte sie es erzwungen, nach Deutschland zu reisen. Er holte sie ab und beide verlebten einige Sonnenwochen in unserem Orte. Vor nicht allzu langer Zeit haben beide die Rückreise nach Frankreich wieder angetreten und dort die Ehe geschlossen. Der alte Herr hat sich zur Ruhe gesetzt und diesen beiden seine Güter übergeben. — Viel Glück dem deutschen Manne im fremden Lande, das nun seine Heimat werden soll.

Frauenstein. Der bestehende Kohlenmangel, der die Schließung der Schule zur Folge hatte, ist befehligt. Heute Donnerstag hat in der Volkss- und Fortbildungsschule der Unterricht wieder begonnen.

Dresden. Das sächsische Finanzministerium macht bekannt, daß die 10. vorläufige Verteilung von Reichsein kommensteuer an die Gemeinden und Bezirksvorstände begonnen hat. Jede Gemeinde wird nach Beendigung dieser Verteilung auf ihren Reichseinkommensteueranteil für 1920 und 1921 insgesamt 215% ihres vorläufigen Mindestanteils erhalten haben. Davon entfallen 113% auf 1920 und 102% auf 1921. Von dem Steueranteil werden 20% in Abzug gebracht für die vom Staat übernommenen Schullästen.

Ein gerichtliches Nachspiel zu den Leipziger Unruhen. Der ehemalige Fahrer der Reichswehr, der 1900 zu Niederöbel bei Schmiedeberg geboren, dort auch wohnhaft, former Erich Rudolf Krumpolt mußte sich wegen Feigheit, Sachbeschädigung und dergleichen militärischen Delikten vor dem Dresdenner Schöffengericht verantworten. Im Frühjahr 1921 wurde der Reichswehr-Truppenteil, zu dem auch Angeklagter gehörte, während der Unruhen in Leipzig eingezogen, am Abend des 18. März gegen 10 Uhr stand Krumpolt an der Ecke der Bismarckstraße als Posten, er zog sich aber auf ein Gerüst hin zurück. Es war vermutet worden, Kommunisten wollten von Dächern herabschießen. Feststellungen durch Leuchtraketen ergaben aber die Gründlosigkeit der Vermutung. Daraufhin erhielt Krumpolt Befehl, auf seinen Posten wieder vorzugehen; er weigerte sich mit der Begründung, wie er auch in der Verhandlung vor Gericht angab und auf Vorhalte erneut bestätigte, er habe Angst gehabt, es könne ihm etwas passieren oder zustoßen, er könne getroffen werden oder etwas abbekommen. In Verbindung mit diesem Vorgang war noch Anklage erhoben worden, daß sich Krumpolt des Ungehorsams, Beharrens im Ungehorsam und eigenmächtigen Verlassen eines Postens schuldig gemacht habe. Insofern ließ aber Amtsanwalt Einerk nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme die Anklage fallen. Krumpolt stand aber noch wegen Sachbeschädigung vor Gericht. Er hatte als Reichswehrsoldat im Dezember 1920 im Truppenlager Jelthain an Autos drei Werkzeugkästen erbrochen und daraus geringwertige Sachen entnommen, um diese für seinen Wagen zu verwenden. Weiter war er zu gleicher Zeit noch erkoptet worden, wie er einmal einen Benzintank gewaltsam öffnen wollte, um daraus für Feuerzeuge Betriebsstoff zu entnehmen. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten, der sich erst freiwillig zur Reichswehr meldete, wegen Feigheit und Sachbeschädigung zu 3 Monaten 1 Woche Gefängnis.

Wilsdruff, 22. Februar. Eine gemeinschaftliche Sitzung des Rates und der Stadtverordneten fand gestern nachmittag statt. Als einziger Punkt stand auf der Tagessordnung: Verkauf der Dampfanlage im Elektrizitätswerk. Wie bekannt, waren für die Dampfmaschine mit Kessel und Zubehör erst

25 000, 35 000, 55 000, dann 65 000 und zuletzt 75 000 M. geboten worden. Nach einem in der letzten Sitzung gefassten Beschluss sollte aber versucht werden, die Anlage nicht unter 85 000 M. zu verkaufen. Die Sache hatte nun infolge einer erfreulichen Wendung bekommen als von einem Dresdner Händler 100 000 M. für die Anlage geboten wurden unter der Bedingung des Juichlages bis Mittwoch früh. Nach Mitteilung der Verkaufsverhandlungen durch Stadtrat Wehner wurde einstimmig beschlossen, den Verkauf zu den festgelegten Bedingungen zu genehmigen.

Hartla. Infolge der starken Wohnungsnot will der Bauverein im laufenden Jahre 22 Wohnungen errichten, womit die Stadtverordneten ihr Einverständnis erklärten.

Freiberg. Hier soll eine Garnisonverstärkung eintreten, indem das jetzt in Frankenberg garnisonierende Bataillon des Reichswehr-Inf.-Regts. Nr. 11 im Frühjahr nach Freiberg verlegt werden soll.

Frankenberg. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Dienstag in einem hierigen Geschäftshause. Dort wollte ein größerer Schulknabe sogenannte Knallkorke kaufen. In dem Augenblick, als die Gattin des Geschäftsnehmers die gewünschten Sachen von der unter Glasverschluß befindlichen Ladentafel hervorziehen wollte, entstand eine Explosion der Körke, durch die die Glästafel in tausend Stücke zertrümmert wurde. Die Gattin des Ladeninhabers und der Schulknabe wurden dabei nicht unerheblich verletzt. Der bedauernswerten Frau mußte ein Daumen abgenommen werden.

Großenhain. Ein Gutsbesitzer im benachbarten Naundorf erhielt in letzter Zeit drei Expressbriefe, in denen er unter schwersten Drohungen — man wollte ihm u. a. die „Sude“ über Kopf anbrennen und ihn selbst töten — aufgefordert wurde, an einer bestimmten Stelle und zu einer bestimmten Zeit 2000 M. niederzulegen. Die sofort benachrichtigte Gendarmerie stellte sich auf die Lauer. Am Sonntag nachmittag gegen 2 Uhr kamen die beiden Erpresser, ergriffen aber, als sie die Beamten bemerkten, die Flucht. Es glückte aber bald, sie einzuhören und festzunehmen. Es waren zwei 16 Jahre alte Schuhmacherlehrlinge, die nach längerem Leugnen eingestanden, die Briefe geschrieben zu haben.

Leipzig. Das städtische Defizit beträgt 65 Millionen M. Da es wenig Dedungsmöglichkeiten gibt, werden die kleinen verbleibenden Steuern kräftig in die Höhe gehrauscht. Erst am letzten Mittwoch verlangte der Rat eine hunderiprozentige Erhöhung der Gewerbesteuer; er befam aber nur fünfzig bewilligt. Jetzt kommt der Rat bereits wieder mit neuen Vorschlägen an die Stadtverordneten und zwar sollen die Hundesteuern und die Markhallengebühren bis zu 100 Prozent erhöht werden. Am 23. Februar 1921 haben die Stadtverordneten die Hundesteuersätze auf 120 Mark für den ersten, 180 Mark für den zweiten und 240 Mark für den dritten Hund festgesetzt, die Kreishauptmannschaft hatte diese Sätze aber als zu hoch auf 72, 144 und 216 Mark ermäßigt. Im Jahre 1921 ist die Hundezahl in Leipzig von 11 000 auf 18 000 gestiegen, das führt der Rat auf die geringe Steuer zurück, er will deshalb die Sätze auf die am 23. Februar 1921 beschlossene Höhe bringen. — Die städtische Markthalle erfordert einen Zuschuß von 1 351 963 Mark, entstanden durch Versteuerung der Rohmaterialien, Gehälter und Löhne. Der Rat sieht zwar einen heftigen Kampf der Standinhaber voraus, die die Erhöhung der vom Rat geplanten hunderiprozentigen Markhallengebühren mit der Forderung eines städtischen Zuschusses für eine Wohlfahrtseinrichtung ablehnen werden, aber es gebe keinen anderen Ausweg mehr, die Fehlbelastung zu decken.

Aarau. Ueber einen lustigen Schmuggel erfuhr wird dem „Grenzboden“ folgendes berichtet: Der Situation gewachsen zeigte sich kürzlich eine Schmugglerin, die im oberen Vogtland nach Fleisch zu über die Grenze gehen wollte. Sie einen ziemlich respektablen Leibesumfang hatte, kam sie einem Grenzbeamten verdächtig vor, weshalb er sie mit nach B. ins Zollhaus zu kommen aufforderte. Die Frau bestritt, Schmugglerware bei sich zu führen, ging aber mit zurück. Auf dem Marsche erzählte sie dem Beamten, daß sie sich unwohl fühlte. Plötzlich blieb die Frau stehen, fing an zu jammern und zu stöhnen, ließ sich nieder und bat den Beamten, schnell von B. die Hebammie zu holen, welches Wunsche dieser in seiner Bestürzung denn auch nachkam. Als er jedoch mit der Hebammie an dem fraglichen Ort wieder anlangte, sah er, daß die raffinierte Schmugglerin über die Grenze verduftet war.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 21. Februar.

Aus der Tagesordnung stehen zunächst 18 kleine Anträge. Aus einer Anfrage der Unabhängigen wird mitgeteilt, daß nach einer Vereinbarung mit den Ländern der Beginn des Schuljahrs einheitlich auf das Frühjahr festgesetzt worden ist.

Abg. v. Thoss (D. W.) weist in zwei Anfragen darauf hin, daß eine Hebamme von einem Marstanner auf dem Wege bei Neuhof, und daß Grubenangestellte in Domburg von Belgien überfallen worden sind.

Graf Wedemann muß zugeben, daß es noch nicht geklappt ist, die Täter zu ermitteln. (Hört, hört.)

In einer weiteren Anfrage stellt Abg. v. Thoss fest, daß zwei französische Soldaten kürzlich einen Raubüberfall auf einen Biergärtner in Düsseldorf verübt haben, und daß der Inhaber einer Bierbudenbetrieb in Düsseldorf durch den Wettstreit eines Marstanners schwer verletzt worden ist.

Graf Wedemann teilt mit, daß im ersten Falle die Schuldigen sich in Untersuchungshaft befinden, im zweiten die Untersuchung eingeleitet ist.

Nach Erledigung der kleinen Anfragen wird das Ultimatumsvorsorgungsgesetz dem Versorgungsausschuß überwiesen.

Hierauf folgt die erste Debatte des 5. Nachtrags zum Haushaltplan, durch den widerristische

Wirtschaftsbehörde an Beamte

In Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen gehoben werden.

Abg. Frau Rynd (D. W.) sieht dem System dieser widerristischen Behörden mißtrauisch gegenüber und verlangt eine Belebung der Grundgehälter.

Abg. Dr. Herz (D. W.) reicht scharfe Angriffe gegen die Landwirtschaft und behauptet, daß die einheimische Wirtschaft versagt habe.

Abg. Schiele (Dntl.) betont, daß bei allen Missernten des Landes, aber auch bei der Schwäche unserer Wirtschaft nur das eine helfen kann: Produktionsförderung.

Abg. Hölslein (Kom.) wendet sich gegen die Erwerbsunpolitik der Regierung, die in wachsendem Maße die Massen in den Hunger reißt.

Reichsnährungsminister Dr. Hermann erklärt, daß nach dem Stande vom 20. Februar dieses Jahres die abgeschaffte Getreideumlage 2 250 000 Tonnen beträgt und häuft daran fest, daß die baldige Rückgabe der Bewegungsfreiheit an die deutsche Landwirtschaft erfolgen muß, denn sie braucht sie, wenn sie ihre große Aufgabe im Dienste der deutschen Volksernährung erfüllen soll.

Abg. Ulm (Str.) tritt für Besiegung der Zwangswirtschaft ein.

Damit schließt die Beratung. Die Vorlage geht an den Hauptausschuß. Darauf folgen die zurabgestellten Abstimmungen zum Reichsmietengesetz. Am allgemeinen werden die Ausschusshänderungen angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch: 3. Debatte des Reichsmietengesetzes.

— Berlin, den 22. Februar.

Die dritte Beratung des Reichsmietengesetzes wird auf Antrag des Abg. Becker-Krassberg (Str.) abgelehnt, obwohl Abg. Schult-Bromberg (Dntl.), der das Gesetz ablehnte, eine sofortige Entscheidung verlangt. Die dritte Debatte soll in der nächsten Woche stattfinden. Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus.

Abg. Dr. Marek (D. W.) erkennt die Notwendigkeit an, mit Reichsmieteln vorzugehen, da etwa eine Million Wohnungen in Deutschland fehlen. Die Wohnungswirtschaft muß allmählich abgebaut werden. Mit dem Neubau muß aber sofort begonnen werden. Die Mehrheit der Fraktion der Deutschen Volkspartei lehnt das Gesetz ab, weil sie die dadurch ermöglichte Neubautätigkeit zu gering ersieht.

Die Vorlage wird darauf gegen die Stimmen der Deutschnationalen, einiger Volkspartei, der unabhängigen Sozialisten und der Kommunisten angenommen.

Es folgt die

dritte Debatte des Reichshaushaltplanes, und zwar zunächst des Haushalts des Reichspräsidenten.

Abg. Herz (Dntl.) fragt an, wie es mit der Neuwahl des Reichspräsidenten steht. Es muß auch der Schein vermieden werden, als ob hier die Rechte des Volkes verletzt würden. Das demokratische Prinzip, das ja von den verschiedenen Parteien so hochgehalten wird, verlangt unabdingbare Neuwahl. Außenpolitische Hindernisse liegen nicht vor. Der Reichskanzler sollte noch heute erklären, wie er sich zu der Neuwahl des Reichspräsidenten stellt.

Reichsjustizminister Dr. Nadelius lehnt eine politische Förderung bei diesem Haushaltplan ab und verweist auf den Haushaltplan des Reichskanzlers.

Abg. Brödlin (Kom.) verlangt Streichung des ganzen Haushaltens. Ein Reichspräsident sei nicht notwendig. Eine Wahlspuppe aus Carlans Panoptikum genüge auch. (Unterst.)

Abg. Dr. Rahn (D. W.) gibt eine Erklärung ab, in der endlich Wahrheit verlangt wird über die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten. Die Regierung muß sich dazu äußern, ob sie zu der Angelegenheit schon Stellung genommen hat.

Abg. Hoffmann (Kom.) nennt den Reichspräsidenten Ebert eine politische Null. Er rät davon ab, seine Wachstümme in der Wandelhalle des Reichstages aufzustellen, da sie bei den hiesigen Neben der Rechten leicht schmelzen würde. (Hinterher.) Der Redner fordert überhaupt Wiederholung der Präsidentenwahl.

Auf Anregung des Abg. Schult-Bromberg (Dntl.) wird die Abstimmung über diesen Punkt zurückgestellt, bis die Regierung sich geäußert hat.

Es folgt der Haushalt des Reichskanzlers. (Der Reichskanzler erscheint am Regierungssitz.)

Endliche Wahl des Reichspräsidenten.

Reichskanzler Dr. Wirth gibt zu, daß im Laufe ein Interesse an der Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten besteht. Von einer Neuerzung kann aber gar keine Rede sein, weil vor der endgültigen Erledigung der überschlechten Frage die Wahl gar nicht stattfinden konnte. Da diese Frage erst vor dem Abschluß steht, wie die Regierung mit den Parteien in Verhandlungen eintreten können, wie am besten die Wahl des Reichspräsidenten, insbesondere der Termin für die Wahl, festzuzeichnen ist. Den Wahltag bestimmt der Reichstag. Auch die Regierung sieht diese Frage jetzt als dringlich an. Das hohe Haus wird bald dazu Stellung nehmen können. (Besfall.)

Darauf wurden der Haushalt des Kanzlers und der des Reichspräsidenten angenommen.

Das Haus vertagt sich. Donnerstag 2 Uhr: Justizministerium, Reichskanzleramt.

Die Heilung die Wirtschaftskräfte.

Wie kann das gegenwärtige ungeheure Dornierliegen der Weltwirtschaft und des Welthandels, d. h. des großen Gütertauschs zwischen den Völkern, beseitigt und wie können Weltwirtschaft und Welthandel wenigstens einigermaßen wieder in den früheren blühenden Zustand versetzt werden? Das ist die große Frage, die heute alle Welt beschäftigt und die ja auch das Grundthema der bevorstehenden Wirtschaftskonferenz von Genf bildet.

Lassen wir alles andere beiseite, so ist jedenfalls klar, daß Weltwirtschaft und Welthandel nicht wieder hergestellt werden können, wenn nicht drei große Probleme gelöst werden. Einmal müssen die Wege geblüht werden, um die ungeheure Verarmung der Völker des mittleren Europa, insbesondere Deutschlands, allmählich wieder zu heben, denn ohne die Kaufkraft dieser Völker kann der Weltmarkt nicht gesunden. Zum anderen müssen endlich Mittel gefunden werden, um die Geldwerte, die Valuten, der verschiedenen Länder in ein festes, gleichbleibendes Verhältnis zu einander zu bringen, und diejenigen Valuten, die international ganz zu stark gefallen sind, wieder einigermaßen zu kräftigen. Denn die jüngsten Valutaverhältnisse mit ihren maßlosen Unterschieden im Wert der einzelnen Valuten zueinander und den fortgesetzten gewaltigen Wertschwankungen sind für den Welthandel geradezu zerstörend. Schließlich muß das gewaltige Gebiet Russlands wieder in Erzeugung und Verbrauch kräftig gehoben und erneut in die Weltwirtschaft eingeschaltet werden, denn den Ausfall eines so großen Gebietes kann diese nicht ertragen.

Das erste dieser drei großen Probleme, der Kampf gegen die Verarmung Mitteleuropas usw., erfordert vor allen Dingen eine gründliche Revision der Reparationsfrage einschließlich der Befreiungsfestsetzung u. dergl. Bei den jüngsten unsinnigen Forderungen und Lasten

ist an ein wirtschaftliches Wiederaufblühen Deutschlands und der anderen betroffenen Staaten nicht zu denken. Außerdem ist erforderlich eine ebenso gründliche Revision aller territorialen und sonstigen Bestimmungen in den Friedensschlüssen nach dem Weltkrieg, die, wie z. B. das Verbot des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich oder die Loslösung blühender Landstriche vom deutschen Volkskörper zugunsten des unfähigen Polens, durch ihre wirtschaftliche Widerständigkeit die Quellen des Wohlstands verschüttet und durch ihre Ungerechtigkeit sehr begreiflicherweise — ein dauerndes Gefühl schwerer Unzufriedenheit erzeugt haben. Dieselben Maßregeln stellen aber auch die Hauptmittel dar, um die notwendigen Voraussetzungen für die Gesundung der Geldverhältnisse zu schaffen. Denn es ist natürlich keine Aussicht vorhanden, den Wert des Geldes eines Staates sicherzustellen oder gar zu heben und insbesondere die fortgesetzte Papiergeleidung zu verhindern, so lange nicht die wirtschaftlichen und politischen Grundlagen dieses Staates gesund und dauerhaft sind und als gesund und dauerhaft in der Welt angesehen werden. Endlich ist zur Wiederaufrichtung Russlands umfassende deutsche Hilfe, namentlich auch durch Mitwirkung deutscher technischer Intelligenz, deutscher Wissenschaft und notwendig. Es würde aber sehr bedeutsam sein, diese Hilfe in dem wünschenswertesten Umfang zu bieten, ohne daß Deutschland wiederum zu sehr viel größerer politischer Macht gelangt, so daß es der in Russland eingesetzten Menschen und Sachgütern der nötigen Rückhalt gewähren und seine berechtigten Interessen gegenüber einem wieder erstarckenden Russland wahren kann.

Werden alle diese Forderungen erfüllt, so darf allerdings von dem Frieden von Versailles usw. nicht allzu viel übrig bleiben. Aber es ist auch eine völlige Einbildung zu glauben, man könnte die frühere Blüte von Welthandel und Weltwirtschaft aus nur annähernd wiederherstellen, ohne dieses Werklosigkeit und Ungerechtigkeit und sinnloser Unvernunft wieder abzutragen.

Es wäre gewiß auf das freudigste zu begrüßen, wenn es gelänge, dieses große Reformwerk durch eine Rendierung in der Gesinnung der führenden Völker, ja der Menschheit überhaupt zu erzielen, durch einen Durchbruch des Gedankens der Solidarität, der Gemeinschaft und des Wohlwollens unter den Völkern statt des Hasses und der Unterdrückung jetzt. Aber die Aussichten hierauf sind gering, und so wird die praktische Politik zunächst wohl einen anderen Weg gehen müssen, nämlich den der Belämpfung und Zurückdrängung des französischen Einflusses. Denn dieser französische Einfluß in erster Linie ist es doch, der sich all den oben genannten Reformen entgegenstellt und der sich daher als der eigentliche Feind der Wiederaufrichtung von Welthandel und Weltwirtschaft darstellt!

Entente konferenz in Paris.

Vereinbarung über Genf und Reparationen.

Die seit dem plötzlichen Abbruch der Konferenz von Cannes eingetretene Spannung zwischen Paris und London, die sich mehr und mehr zu einer Kraftprobe zwischen Lloyd George und Poincaré zusammendrängt drohte, soll nun durch eine Aussprache der Ministerpräsidenten beseitigt werden. Poincaré, der Freund des diplomatischen Notenwechsels, ist durch die Erfahrung belehrt worden, daß durch soziale Reformen ein Austausch bei Lloyd George nichts zu erreichen ist. Nachdem die englische Regierung die französische Genauigkeit bis zum heutigen Tage unbeantwortet gelassen hat, hat er sich nun endlich zu mündlichen Verhandlungen bereit finden lassen.

Wie das englische Regierungsbüro „Daily Chronicle“ erfährt, hat Lloyd George die Absicht, sich am Sonntag nach Paris zu begeben, um mit Poincaré die verschiedenen Fragen zu besprechen, die die Beziehungen zwischen Frankreich und England berühren. Man erwartet, daß insbesondere die Frage der Konferenz von Genf erörtert und daß, wenn möglich, ein Einvernehmen über den Zeitpunkt der Konferenz erzielt werden soll.

Mit Lloyd George kommt der englische Finanzminister Sir Robert Horne nach Paris, der hier mit dem französischen Minister de Falaise und den anderen alliierten Finanzministern die Reparationsfrage besprechen wird. Die Finanzminister werden gemeinsam die Fragen prüfen, die mit dem Reparationsproblem verbündet sind, nämlich das Abkommen von Wiesbaden, das Abkommen vom 13. August, die Feststellung der Kosten für die Befreiungsarmee und die Verteilung der deutschen Zahlungen. Ferner soll die Entscheidung der Reparationskommission über das deutsche Stundungsgesetz noch einmal von den Finanzministern überprüft werden.

Auch eine Besprechung der Außenminister gegenriktigt, insbesondere auch über die Zulassung Russlands, in der beginnenden Konferenz erzielt werden kann. Sämtliche Genf-Sachverständige würden sich dann nächste Woche in London treffen.

Konferenz von Genf am 23. März.

Die Verschiebung der Konferenz von Genf ist wiederum nur kurz sein. Der römische Berichterstatter der „Times“ erfährt von amtlicher Stelle, daß aus Rom an den Genfer Ausschuß für die Vorbereitung der Konferenz Anweisungen ergangen sind, in denen als wahrscheinlicher Zeitpunkt für den Beginn der Konferenz der 23. März angegeben wird.

Neue Streitgelüste.

Die Streitgefahr bei der Reichsbahn noch nicht beigelegt.

Die Gerichte über einen neuen Streit der Eisenbahnen wollen nicht verstimmen. Selbst aus Eisenbahnerkreisen wird darauf hingewiesen, daß die Streitgefahr noch nicht beigelegt sei. Der Reichsgewerkschaft sei es von vornherein auf eine Kraftprobe

angekommen, die den Führern so gut gefallen zu haben scheint, daß man mit der Möglichkeit einer Wiederholung rechnen könne. Dieses zweite Mal soll bei Kampf unter Verbreiterung der Front geführt werden, wozu Massenversammlungen im ganzen Reiche in nächster Zeit abgehalten werden sollen.

Das Reichsverkehrsministerium erklärt zwar zu den vielfach gehegten Befürchtungen über eine neue „Streik-Aktion“ daß kein Anhaltspunkt für derartige Besorgnisse vorliege. So ganz harmlos jedoch stellt sich die Lage kaum dar; denn der Reichsverkehrsminister hat es doch erst vor einigen Tagen für notwendig befunden, eine neue Warnung an die Eisenbahnbeamten zu richten, daß sie sich nicht von Drahtziehern zu einer neuen Auslandsbewegung einlägen lassen sollten.

Auch von anderer Seite liegen Nachrichten vor, die eine optimistische Aussicht der augenblicklichen Lage nicht rechtfertigen. Der Reichstagsabgeordnete Klemm teilt in einem Artikel, in dem er die Beamten dringend vor unsicherer Gefährdung ihrer Stellung und ihrer besonderen Rechte durch Verlegung ihrer Pflichten warnt, mit, daß die Vertreter des Provinzialkartells des Deutschen Beamtenbundes für das Rheinland sich einstimmen für den Streik der Beamten ausgesprochen hätten und auf dieser Basis Verhandlungen mit den Spartenorganisationen, insbesondere mit dem Zentralvorstand des Deutschen Beamtenbundes, beginnen wollen.

Wenn diese Entwicklung fortschreitet, und wenn sie nicht, wie bisher, nur kleine radikale Einzelgruppen, sondern regionale Gesamtorganisationen der Beamtenschaft und schließlich vielleicht die Spartenorganisation selbst ergreift, so werden Regierung und Reichstag nicht umhin können, das Beamtenproblem in seiner ganzen Größe und in seinem ganzen Erneute zur Debatte zu stellen und die Frage des Beamtenstreiks ein für allemal zu klären, damit das deutsche Wirtschaftsleben nicht wieder solchen Erschütterungen ausgesetzt wird, wie wir sie in der ersten Februarwoche erlebt haben.

Der Deutsche Beamtenbund wird Anfang April in Berlin einen Bundesitag abhalten, der sich mit den großen Beamtenfragen, die in letzter Zeit die Dessenfreiheit beschäftigt haben, befassen wird. Auch das Koalitionsrecht und die Frage des Beamtenstreiks sollen erörtert werden.

Eine Erklärung der Eisenbahnergewerkschaft.

Die Leitung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter hat sich mit der jüngsten Erklärung des Reichsverkehrsministers Groener gegen einen eventuellen neuen Streik beschäftigt und folgenden Beschluss gefasst: „Für die Reichsgewerkschaft bleiben die für den Streikabbruch maßgeblichen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers hinsichtlich der Maßregelungen auch heute noch allein ausschlaggebend. Nur die Zurücknahme dieser Erklärung durch den Kanzler selbst hätte die Frage einer Wiederaufnahme des Streiks in den Bereich der Erörterungen rücken können. Da eine solche Zurücknahme weder erfolgt noch zu befürchten ist, so lag keine Veranlassung für die Herausgabe neuer Warnungen und Maßregelungsdrohungen von Seiten des Reichsverkehrsministers vor. Es liegt der Reichsgewerkschaft gänzlich fern, sich durch den Ertrag des Verkehrsministers etwa zur Betätigung einer irrtümlicherweise bei ihr vermeinten gewerkschaftlichen Militärität zu verleiten.“

Politische Rundschau.

Berlin, den 23. Februar 1922.

Der Reichstag hat den Kammergerichtspräsidenten Dr. v. Staib und den Bürgermeister Dr. Herz in Spandau zu stellvertretenden Verteidigern für den Staatsgerichtshof gewählt.

General Roillet hat Paris verlassen, um sich nach Berlin zu begeben.

„Vorläufig“ keine Erhöhung der Personentarife. Im Anschluß an die am 1. März in Kraft tretende Erhöhung der Güttarife um 20 Prozent war die Befürchtung geäußert worden, daß nun auch mit einer Erhöhung der Personentarife zu rechnen wäre. Demgegenüber wird erklärt, daß im Reichsverkehrsministerium gegenwärtig an einer Erhöhung der Personentarife nicht gearbeitet würde. Allerdings erklärt das Reichsverkehrsministerium, daß es künftig mit der Tarifsteigerung nicht warten werde, bis die allgemeine Preisseigerung erst zur Tat sache geworden ist, sondern daß es nach lausmännischen Prinzipien die Tarifsteigerung werde, sobald eine neue Preissteigerung einsetzt. Diese Erklärung ist sehr diplomatisch gehalten, indem auf der einen Seite Tarifsteigerungen befürchtet werden, auf der anderen Seite aber die Möglichkeit weiterer Erhöhungen als durchaus gegeben hingestellt wird.

Deutsche Vertreter bei der Londoner Wiederaufbaukonferenz. Das Gründungskomitee des internationalen Finanzkonsortiums für wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas, insbesondere Ruhrs, ist in London zusammengetreten. An der Konferenz nehmen außer den Vertretern Englands, Frankreichs, Italiens und Japans auch zwei Vertreter der Vereinigten Staaten teil. Zu diesen Verhandlungen werden vorwiegend deutsche Vertreter hinzugezogen werden. Wegen englische Kreise haben die Reichsregierung davon in Kenntnis gesetzt, daß sie die Anwesenheit deutscher Vertreter in London sehr gern seien würden. Auf die Einladung hin haben sich sofort deutsche Vertreter nach der englischen Hauptstadt begeben. Unter ihnen befinden sich Staatssekretär a. D. Bergmann als Vertreter der Deutschen Bank, der Hamburger Bankier Melchior, Geheimrat Kemper als Vertreter der Kaliindustrie. Festzuhalten ist, daß das Konsortium kein Regierungskomitee, sondern ein privatwirtschaftliches Unternehmen ist, daß also auch die deutschen Vertreter nur als private Geschäftslute teilnehmen werden.

Die Kriegsbeschuldigungsprozeß und der Oberste Rat. Um englischen Parlament erklärte der General-

staatsanwalt, der oberste Beamte der englischen Anklagebehörde, abermals, daß die Auslieferung der sogenannten Kriegsbeschuldigten nur von der Gesamtheit der Alliierten beschlossen werden könne. Gleichzeitig teilte der Regierungsvorsteher mit, daß die internationale Kommission, die mit der Prüfung der von der deutschen Regierung getroffenen Maßnahmen und der Leipziger Rechtsprechung beauftragt worden sei, ihren Bericht über die Kriegsbeschuldigten dem Obersten Rat eingereicht habe. Es steht nun diesem zu, einen Beschluß zu fassen. — Die Kommission ist bekanntlich zu dem ungeheuerlichen Ergebnis gekommen, daß die Urteile des Leipziger Reichsgerichts gegen die deutschen Kriegsbeschuldigten völlig ungünstig seien und daß die Angeklagten daher den Ententeurichten zur Aburteilung ausgeliefert werden müssten.

Zur Frage Groß-Hamburg veröffentlicht der Hamburger Senat eine Denkschrift, die nach ausführlichen Darlegungen für die Notwendigkeit der Bildung eines Groß-Hamburgs, und zwar aus Gründen der wirtschaftlichen Einheit des Groß-Hamburger Hafengebiets und zur Lösung des Stadt- und Landproblems Groß-Hamburg zu dem Ergebnis kommt, daß die Städte Hamburg, Altona, Wandsbek, Wilhelmsburg, Harburg und die Elbgemeinden zu einem Groß-Hamburg verschmolzen werden sollen. Die Denkschrift wendet sich zum Schluß gegen die Bildung eines preußischen Groß-Hamburgs.

Zur Regierungsbildung in Braunschweig. Im braunschweigischen Landtag ergab die Neuwahl der Regierung wieder ein rein sozialistisches Kabinett. Die bisherigen Minister Antón (Mehrheitssozialist), Groewohl (Unabhängiger), Steinbrecher (Mehrheitssozialist) wurden mit je 28 Stimmen und August Junke (Unabhängig) mit 2 Stimmen wiedergewählt. Als fünfter Minister wurde der unabhängige Arbeiterselbstwahlmeier neu hinzugewählt. Die bürgerlichen Parteien hatten 26 undschriebene Stett beteiligt.

Die französische Kammer hat für die Weltausstellung in Rio de Janeiro einen Kredit von 5138000 Franken bewilligt.

Italien beteiligt sich mit 70 Millionen lire an dem Österreich von den Verbündeten ausgesprochenen Kredit.

Frankreich: Pariser Spionageaffäre.

Die Anklagebehörde hat beschlossen, den seit zwei Jahren (1) verhafteten Abgeordneten Paul Meunier und die mit ihm beschuldigte Frau de Ravais, die wegen Einverständnisses mit dem Feinde unter dem Ministerium Clemenceau in Haft genommen worden waren, außer Verfolgung und in Freiheit zu setzen. Es wurde jedoch beschlossen, die Anklage wegen Einverständnisses mit dem Feinde aufrecht zu erhalten gegen den früheren Herausgeber des „Gélat“, Ernest Dreyfus, und den Schweizer Major Jean Brossard, die beide geflüchtet sind.

Frankreich: Französisches Hafenangebot an Amerika.

Der bekannte Anhänger Clemenceaus Tardieu machte Anfang der Woche des französischen Delegierten in Washington Sarraut auf seine Erregende Mitteilungen über die Haltung Briand auf der Washingtoner Abstimmung konfrontiert. Tardieu fragt, was habe Briand verfügt, daß unerlaubtes Angebot zu machen, französische Häfen als amerikanische Seebasis anzubieten gegen einen Gegner (England), den er, Tardieu, nicht nennen will? Auf diese Tatfrage habe er direkt hingewiesen, aber die „Gazette du Dauphiné“ habe die Tatfrage nun mehr enthalten. Tardieu führt fort: Das waren untere Fehler auf dieser Konferenz zu der Briand in der „alberne Rose des Vermittlers“ abreiste. Diese Erklärungen bestätigen die schon lange im Umlauf befindlichen Gerüchte, wonach Frankreich sich in Washington — allerdings vergeblich — bemüht hat, ein amerikanisch-französisches Bündnis gegen England einzugehen. Diese Politik ist fehlgeschlagen, ja sie hat vielmehr erreicht, daß die beiden angrenzenden Staaten sich einander näher getreten sind, während sich der Gegenzug zwischen England und Frankreich verstärkt hat und die Isolation Frankreichs von Tag zu Tag offensichtlicher wird.

Auslieferung der Mörder Ratos.

Berlin, 22. Februar. (Teleg.) Die drei Mörder an dem ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Rato beschuldigten beiden Spanier Luis Alcalá Hoy und Lucia Joaquina Concepción, deren Auslieferung von der spanischen Regierung verlangt worden war, sind gemäß dem spanisch-deutschen Auslieferungsvertrag der zuständigen spanischen Behörde ausgeliefert worden. Sie befinden sich seit ihrer am 20. Oktober vorigen Jahres erfolgten Ergreifung im Berliner Polizeigefängnis.

Die Vorgänge in Gleiwitz.

Berlin, 22. Februar. Im Auswärtigen Amt des Reichstages wurden von Rednern verschiedener Parteien die unerträglich gewordene Verhältnisse im Oberschlesischen Besitzungsgebiet erörtert, momentan unter Bezugnahme auf die jüngsten Vorfälle in Gleiwitz. Einmütig kam zum Ausdruck, daß die Regierung den schärfsten Einspruch gegen Gewalttat erheben müsse. Die Internationale Kommission in Oppeln müsse darauf hingewiesen werden, daß es ihre Pflicht sei, die Bevölkerung Oberschlesiens, welche ihrem Schutz anvertraut sei, gegen die Fortsetzung solcher Gewalttaten zu schützen. — Die deutsche Regierung hat sich entschlossen, bei der Internationellen Kommission geeignete Schritte zu unternehmen.

Hilfe für die Domänenpächter aus Polen.

Berlin, 22. Februar. Im preußischen Landwirtschaftsministerium findet, wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, am 27. ds. Ms. eine Besprechung über die Unterbringung der von den Polen vertriebenen Domänenpächter statt, an der neben Vertretern anderer Regierung auch die Geschäftsführer einiger Siedlungsgesellschaften teilnehmen werden.

Kommerzienrat Colman gestorben.

Langenburg, 22. Februar. Kommerzienrat Paul Colman, der langjährige Mitarbeiter und Freund des Grafen Beppelin, des Erfinders des legendären Luftschiffes, ist im Alter von 80 Jahren plötzlich infolge eines Schlaganfalls verschollen.

Weltmarktkohlenpreise!

Berlin, 22. Februar. Augenblicklich schweden Verhandlungen beim Reichskohlenkommissar zwecks Herabsetzung der deutschen Kohlenpreise auf den Weltmarktpreis gemäß der deutschen Ansage in Cannes

Die Tonnen deutsches Kohle, die bisher in Stettin, Hamburg und Bremen circa 750 bis 850 Mark kostet hat, wird sich dann auf circa 1150 Mark stellen, welches auch der gegenwärtige Preis der englischen Kohle in den deutschen Häfen ist. Die eine Hälfte des Überpreises soll dazu dienen, die Reparationsforderungen der Entente zu erfüllen, während die andere Hälfte für die Abteilung neuer Schäfte, besonders in dem deutsch verbleibenden Teil überstellteng zu gebraucht gemacht wird. Die Preiserhöhung soll bereits ab 1. März in Kraft treten.

Reichsmaritime Dienststelle in Frankreich.

Paris, 22. Februar. General Sarail, ehemaliger Oberkommandierender der Orientarmee, hat sich in einer Konferenz über die neuen Militärgefechte für eine Dienstzeit von zehn Monaten ausgesprochen.

Eine neue Streitwelle.

Lohnkämpfe im In- und Auslande.

Eine neue Streitwelle geht zurzeit über Deutschland. Die wichtigsten Meldungen der ausgetragenen Lohnkämpfe seien hier wiedergegeben. In Halle wurde in einer von mehreren tausend Metallarbeitern besuchten Versammlung der Schiedsspruch über die Erhöhung der Löhne einstimmig abgelehnt. Falls in den Verhandlungen mit den Unternehmen eine Lösung nicht gefunden wird, soll die Arbeit eingestellt werden. — In Fürth (Bayern) lehnten die Glasarbeiter den Schiedsspruch ab und lädt bei ihrem Erscheinen im Betrieb passive Resistenzen aus. Darauf beschlossen die Arbeitgeber die Aussperrung der Arbeitnehmer, von der 2500 Arbeiter und Arbeitern betroffen werden. — Von Mansfeld der Bergarbeiter streikt wird berichtet, daß die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Mansfelder Syndikats-U.-G. und den Organisationsvertretern der Bergarbeiter zu folgendem Schiedsspruch geführt haben: Allen Arbeitern über 21 Jahre wird eine Lohnerhöhung von 11 Mark pro Schicht zugestimmt. Der Schiedsspruch geht ferner dahin, daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden soll. Ob die Parteien den Schiedsspruch annehmen werden, ist noch nicht bekannt. — Eine Streitbewegung wird aus Hagen berichtet. Dort ist der Streik in der Metallindustrie des Bezirks Hagen-Schwelm durch Einigung zwischen dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften beendet worden. Die Arbeit wurde überall wieder aufgenommen.

In Auslande kann jetzt ebenfalls von einer Streitwelle gesprochen werden, die die verschiedensten Länder erfaßt und zum Teil recht empfindlich den Gang des volkswirtschaftlichen Radierwerkes fört. So wird aus Kopenhagen eine Verschärfung des Konflikts zwischen den dänischen Arbeitern und Arbeitgebern gemeldet. Die Verhandlungen mit der Hafenarbeiterorganisation sind gescheitert. Zugleich haben die Elektrizitätsarbeiter, 2000 an der Zahl, die Bauschläge der Bergbauskommission abgelehnt. Es ist demnach damit zu rechnen, daß der Konflikt bis zu Ende durchgespielt werden muß. Die Zahl der Arbeitslosen in Dänemark ist jetzt auf 100 200 gestiegen. — In Spanien trifft es bei den Bergarbeitern. Der Gouverneur der Provinz Cordova sandte an den Minister des Innern ein Telegramm, in dem er ihm mitteilte, daß der Sekretär der Gewerkschaft der Bergarbeiter ihn benachrichtigt habe, die Bergarbeiter hätten den Außstand beschlossen und zwar wegen der Entlassung der Gesellschaft Genarroy, die Löhne um 25 Prozent ohne Kündigung zu vermindern. — In Althausen, das jetzt unter französischem Regime steht, ist eine schwere Lohnkrise ausgebrochen. Eine dortige Maschinenbaustadt hat, nachdem der größte Teil ihrer 4000 Arbeiter durch passiven Widerstand gegen die Herabsetzung ihrer Löhne protestiert hatte, geschlossen, ihre Werkstätten zu schließen. Die Elektrizitätsarbeiter hätten den Solidaritätsstreik beschlossen. Infolge der Stromunterbrechung sind die meisten Ziegel- und anderen Fabriken in Althausen und der Umgegend zum Feiern gezwungen.

Aufschluß über die Lohnkrise in Amerika.

40 Tote.

Aus Virginia (Nordamerika) wird gemeldet: Das amerikanische Militärluftschiff „Roma“, das in Italien angekauft worden ist und erst einige Wochen in Gebrauch war, ist beim Überfliegen des sogenannten Hampton Roads-Kanals explodiert. Es sah über eine Million Kubikfuß Gas. Die „Roma“ stürzte in Flammen gehüllt in der Nähe des Flottenstützpunktes Norfolk nieder. Bald nach ihrem Sturz wurden vier Überlebende mit schweren Brandwunden geboren. Von 50 Personen, die sich an Bord befanden, sollen 35 tot sein.

Amtlich wird vom Flottenstützpunkt Norfolk gemeldet, daß von der „Roma“ nur zehn Überlebende geborgen sind. In Washington wird im Kriegsdepartement erklärt, daß die „Roma“ eine Probefahrt unternommen hatte, um amerikanische Wassertore zu probieren, die anstelle der italienischen eingebaut worden waren.

Aus Stadt und Land.

Reinhard Mannesmann †. In Remscheid ist der durch seine Errichtung des nachlässigen Walzversatzens bekannte Industrielle Reinhard Mannesmann im Alter von 63 Jahren gestorben.

Zwei Kaufleute des Roten Kreuzes, die einen Kurierbrief mit 360 000 Mark mit sich genommen hatten, sind beide in Westfalen in der Nähe von Bartholomäus angegriffen worden. Das veruntreute Geld hatten sie noch bei sich; es konnte sichergestellt werden.

Zwei englische Beamte in Kairo ermordet. Ein Ingenieur und ein Beamter der britischen Eisenbahngesellschaft sind ermordet worden, ein anderer höherer Eisenbahnbeamter wurde schwer verwundet. Die britischen Behörden haben eine hohe Belohnung für die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

A Zahlungsmittel bei Auslandsbevölkerungen. Nach den bisher in Kraft befindlichen gesetzlichen Bestimmungen durften bei Reisen ins Ausland nur 3000 Mark mitgenommen werden. Angesichts der Geldentwertung ist diese Grenze jetzt bedeutend herausgesetzt worden. Der Reichsrat hat bei der Beratung des einschlägigen Gesetzes gegen die Kapitalflucht, das übrigens bis zum 31. März 1922 verlängert worden ist, beschlossen, daß künftig jeder Reisende an Zahlungsmitteln 20 000 Mark ins Ausland mitnehmen darf.

*** Das teure Studieren in Deutsch-Oesterreich.** In Wien werden an den Hochschulen sämtliche Studiengebühren vorläufig für das Sommersemester 1922 auf das Gehälte der bisherigen Ausgabe erhöht. Die Vorlesungen über die für Ausländer ausnahmsweise vorgesehene Gleichstellung mit Inländern und über die Ernährungen der Zahlungen bleiben in Kraft.

*** Mordeanschlag gegen einen evangelischen Pfarrer.** In Horrem, einem unweit Köln gelegenen Dorfe, wurde der dortige Pastor von einem jungen Mann im Walde überfallen und durch ein Messer, das der Verbrecher bei sich führte, schwer verletzt. Auf die Hilfescreme des Pastors eilten einige Arbeiter dem Pfarrer zu Hilfe. Der Täter entfloß sofort und ist entkommen. Der schwerverletzte Pfarrer wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er hoffnunglos darniederliegt.

*** Der Zwischenfall in Gleiwitz.** Zu der Bluttat in Gleiwitz wird noch gemeldet, daß die drei französischen Soldaten, die den deutschen Polizeibeamten ohne jeden Anlaß niedergeschossen haben, auf der Flucht genommen werden konnten, als sie den Versuch machten, die Kasernenmauer zu überklettern.

*** Ein amerikanisches Riesenfußball in Danzig.** Am Freitagabend Danzig besichtigt ein amerikanisches Konsortium ein Riesenfußball zu errichten, von dem aus die nordischen Länder, die russischen Handstaaten, Polen und Deutschland mit amerikanischem Gestreichel und Fleischkonserben beliefern werden sollen.

*** Der Winter in Russland.** Ungeheure Schneefälle sind in Südrussland niedergegangen. Besonders die ukrainische Hauptstadt Kiew ist arg betroffen. Die Stadt ist vollständig eingeschneit. Die Lage der Stadt wird immer bedenklicher, da die Füllung von Lebensmitteln und Heizstoff unmöglich ist. Der Eisenbahnerleiter ruht vollständig.

*** 100 Millionen Kronen verschoben.** Im Allgäu in Füssen wurde ein Tiroler Bankier und Kaufmann Stanislaus Graus verhaftet, weil er 100 Millionen Kronen verschoben hatte. Er war schon einmal zu 20 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, als er eine Million Kronen nach Bayern schaffen wollte.

*** Das Land der Multimillionäre.** Aus dem Jahresbericht 1919 des amerikanischen Büros für die staatlichen Einnahmen geht hervor, daß sich in dem genannten Jahre in den Vereinigten Staaten fünf Personen zu einem Jahreseinkommen von über fünf Millionen Dollar (d. h. weit über eine Milliarde deutscher Mark) befunden haben. Fünfundsechzig haben sich zu einem Einkommen von über einer Million und 1113 zu einem solchen mit einer Million Dollar eingeschätzt.

Gerichtsaal.

*** Erhöhung der Haftstrafen.** Wie der amtliche Pressebericht mitteilt, bestimmt der Minister des Innern im Einverständnis mit dem Finanzminister, daß vom 1. Januar 1922 ab der Haftstrafenlast für Personen, die eine Buchstaben-, Gefängnis- oder Haftstrafe verbüßen, sowie für Untersuchungs-, Straf- und Polizeigefangene auf 15 Mark, für Festungsgefangene auf 18 Mark für den Tag erhöht wird. Bei etwa gestatteter Selbstverpflichtung ermäßigt sich der Satz für Festungshaftgefangene auf 11 Mark, im Übrigen auf 9 Mark.

*** Röhnes Vernehmung.** Der Untersuchungsdirektor beim Landgericht Potsdam hat sich nach Bezhov begeben, um dort den angeklagten Rittergutsbesitzer Karl von Röhne und die Zeugen zu vernahmen. Es soll im Beisein der Zeugen und Röhnes eine Besichtigung des Tators vorgenommen werden. Im Anschluß daran wird die Verhaftung des Herrn von Röhne erfolgen, dem versuchter Mordversuch zur Last gelegt wird.

Börsenwirtschaft.

*** Berlin, 22. Februar.** (Börse.) An der Börse ist der letzte Zeit wieder eine gewisse Haupe eingetreten. Noch blieben heute die Kurze zu Anfang etwas stehen, gingen teilweise sogar wieder ein wenig zurück, aber die sonst schwache Tendenz bestätigte sich später mehr und mehr. Es waren wieder soviel Anträge eingelaufen, daß sie zu einem nicht geringen Teil wegen Überabfusung gar nicht mehr erledigt werden konnten. Die fremden Devisen gingen wieder etwas zurück, der Dollar, der zu Anfang teilweise mit 225 gehandelt wurde, notierte offiziell schließlich 218.

*** Der Stand der Mark.** Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	22. 2.	21. 2.	1914
100 holländische Gulden	8241	8536	167.—
100 belgische Franken	1845	1933	80.—
100 dänische Kronen	4475	4655	112.—
100 schwedische Kronen	5604	5924	112.—
100 italienische Lire	1088	1108	80.—
1 englischer Pfund	939	981	20.—
1 Dollar	212	219	4,20
100 französische Francen	1940	2007	80.—
100 schweizerische Franken	4205	4270	80.—
100 tschechische Kronen	893	407	—

*** Berlin, 22. Februar.** (Warenmarkt.) Amtliche Notierungen für 50 Kilo ab Stationen: Weizen Mährischer 570—500, Mecklenburgischer 570—560, Roggen Märkischer 435—425, Pommerischer 435—425, Sommergerste 430—420, Hafer 390—380, Mais 364—372, Weizenmehl (100 Kilo) 1000—1490, Roggenmehl (100 Kilo) 1000—1130, Weizen- und Roggenkleie 325, Raps 820—890, Wurstherben 576 bis 590, Kleine Speiseherben 440—480, Futterherben 404 bis 420, Lupinen blaue 300—400, gelbe 500—540, Kartoffeln 300—405, Leinfrüchten 600, Trockenknödel 205—315, Heu und Stroh. Großhandelspreise für 50 Kilo Drahtgepreßtes Roggen- und Weizenstroh 54—57, drahtgepreßtes Haferstroh 56—60, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 47—50, Iotes und gebündeltes Kraummstroh 31 bis 40, Häufsel 63—65, handelsübliches Heu 132—144, gute Dren 152—164 Mark.

*** Berlin, 22. Februar. (Schlachthofmarkt.)** Auftrieb auf dem Zentral Schlachthof: 1798 Rinder, 2250 Kalber, 2168 Schweine, 7332 Schafe, außerdem 215 ausländische Schweine. Preise: Rinder 6,50—13,50, Kalber 9,50—18 Schweine 7—18, Schweine 15—20,50 Mark für das Pfund Lebengewicht. Tendenz ausgesprochen fest — Auftrieb auf dem Magazinschlachthof: Es standen zum Verkauf: 1203 Herde und Läuferschweine, 331 Schweine. Preise: Herde 13—15, größere Läuferschweine 12—15 Mark für das Pfund Lebengewicht. Ausgelegte Kosten über Stotz. Das Geschäft war sehr lebhaft bei erhöhten Preisen.

Soziales.

*** Die deutsche Studentenhilfe.** Der Reichspräsident hat in das unter seinem Vorstoß stehende Kuratorium der "Deutschen Studentenhilfe" u. a. berufen: Hermann Hauptmann, den Rektor der Berliner Universität Dr. Renz, mehrere Universitätsprofessoren, den Bankier Herzfeld, den Vorsitzenden des deutschen Gewerkschaftsbundes Weltart usw. Das Kuratorium wird in seiner konstituierenden Sitzung über die Richtlinien Besluß fassen, nach denen die der Stiftung einzuwohnen zur Verfügung stehenden 5 Millionen Mark zur Förderung des Studiums begabter Kinder minderbemittelter Familien verwendet werden sollen; die näheren Bestimmungen über die Bewerbung um solche Zuwendungen werden alsbald bekannt gegeben werden.

Sport und Verkehr.

*** Der Flug überstiegen.** Cobham, ein englischer Flieger, kam bei einem Flug über den Besitz mit seiner Maschine dem Kraterrand so nahe, daß er vor einer Schwedensdampfsäule ergriffen und in fünf Sekunden 1000 Fuß höher in die Luft geschleudert wurde mit einer Vertikalgeschwindigkeit von über 130 Meilen in der Stunde. Das Flugzeug stieß heftig, und Cobham wurde fast erstickt. Es gelang ihm, die reine Luft zu erreichen, indem er die Maschine auf volle Kraft stellte. Er ist glücklich in London angekommen.

*** Die Eishockeymeisterschaft für Europa.** In St. Moritz gewann die Tschechoslowakei die Eishockeymeisterschaft für Europa. In einem glänzenden Match in dem auf beiden Seiten ausgezeichnet gespielt wurde schlug die Tschechoslowakei Schweden mit 3:2.

*** Das erste deutsche Motortransföschiff.** Das erste seit Kriegsende auf einer Hamburger Werft erbaut Motor-Tankenschiff, der 4000 Tonnen große Heltand-dampfer Julius Schindler, hat seine erste Fahrt nach Nordamerika angetreten. Das Schiff wird mit einem Dieselmotor betrieben und hat Vorrichtungen für drahtlose Telegraphie. — Auf der Werft von Blohm u. Voß in Hamburg lief der Motor-Schiffbau „Ermland“ ein Schwester-Schiff der „Rheinland“, vom Stapel. Das Fahrzeug ist für die Hamburg-Amerika-Linie erbaut und besitzt eine Tragfähigkeit von 10 000 Tonnen und einen Raumgehalt von 6500 Bruttoregistertonnen. Das Schiff wird vornehmlich für Fracht-Dienst gebaut, soll aber auch Einrichtungen für Passagiere erhalten.

*** Wettbewerb für Blinde.** Eine große Anzahl in St. Dunstan in England wird zurzeit von mehreren hundert jungen Blinden bewohnt, die sämtlich im Kriege das Augenlicht verloren haben. Um diesen unglüdlichen Menschen das Leben erträglicher zu machen, ermuntert man sie zu verschiedenen Arten von Sport, und bei passender Gelegenheit werden sogar sportliche Wettkämpfe unter ihnen veranstaltet. So fand kürzlich in St. Dunstan ein großer Wettbewerb im Gehren statt, an dem fast alle Blinden teilnahmen. Jeder der Bewerber hatte einen Führer mit, was übrigens sehr notwendig war, denn die Strecke ging durch die Stadt hinaus auf die Landstraße. Alle die blinden Fußgänger waren stark interessiert und erstreben, zuerst ans Ziel zu kommen. Die Zuschauer folgten mit wehmütigem Interesse dem eigentümlichen Wettbewerb.

Gedenktag für den 24. Februar.

1500 * Karl V., Deutscher Kaiser in Gent († 1558) — 1799 * Der Satiriker G. Chr. Lichtenberg in Göttingen (* 1742) — 1786 * Der Alttumtforscher Wilhelm Grimm in Hanau († 1859) — 1848 Februarrevolution in Paris. Frankreich wird Republik! — 1869 * Der Dramatiker Karl Schönherr zu Ugams in Tirol — 1918 Die Deutschen besiegen Dorpat und Pernau — Russland nimmt die deutschen Friedensbedingungen an.

Letzte Nachrichten

Tschechische Ansprüche auf die Oderschiffe.

Prag, 22. Februar. Der amerikanische Schiedsrichter für die Verteilung der Flussschiffe, Kyns, der bereits seinen Urteilsspruch über die Elbe- und Donauflotte abgegeben hatte, und dann nach Amerika reiste, wird dieser Tage wieder in Paris erwarten, um über die Ansprüche der tschecho-slowakischen Republik auf einen Teil der Oderschiffe nach Artikel 339 des Vertrages von Versailles und über die Herausgabe der Schiffe der Süddeutschen Schifffahrtsgesellschaft zu entscheiden. — Die Übernahme der der Tschecho-Slowakei zugesprochenen Schiffe ist noch im Gange.

Für die deutsche Sprache in den deutschböhmischen Kirchen.

Prag, 23. Februar. Die deutsche Geistlichkeit der katholischen Kirche in Böhmen fordert entsprechend der Nationalisierung der tschechischen Kirche, daß auch in den deutschen Kirchen wenigstens ein Teil des Gottesdienstes nicht lateinisch, sondern in der Muttersprache der Bevölkerung, also deutsch, stattfinde.

Deutschland auf unbestimmte Zeit unter militärischer Kontrolle.

Paris, 22. Februar. General Nollet hat gestern Paris verlassen, um sich wieder auf seinen Posten nach Berlin zu begeben. Nach Erklärungen der Presse habe die englische Regierung ihre Zustimmung zu dem von Mitgliedern der interalliierten Militär-Kontrollkommission ausgedrückten Wunsche gegeben, wonach die militärische Kontrolle in Deutschland noch während einer unbestimmten Zeit fortzuführen ist.

Tuberkulose-Beratungsfürsten
für jedermann im Bezirk finden statt:
jeden 1. und 3. Dienstag in Dippoldiswalde (Diatonat) um 11 Uhr
vormittags;
jeden 1. und 3. Dienstag in Altenberg, Gelenzig und Lauenstein
um 10 Uhr vormittags;
jeden Mittwoch in Pössnitz um 2 Uhr nachmittags;
jeden 2. und 4. Mittwoch in Glashütte (Rathaus Zimmer 10) um
4 Uhr nachmittags;
jeden 1. und 3. Donnerstag in Frauenstein um 10 Uhr vormittags;
jeden 2. und 4. Freitag in Prehsendorf um 4 Uhr nachmittags.

Gemeindeverbands-Spar- und -Girokasse

Reinhardtsgrimma.

Wiederholter Expeditionstag in Reinhardtsgrimma Sonnabend
25. Februar von 2—5 Uhr.

Gemeindeverbands-Spar- und -Girokasse Höckendorf

expidiert Sonntag den 26. Februar 1/3—6 Uhr.

Gasthof Edle Krone
Sonnabend den 25. Februar
Bratwurstschmaus
Hierzu lädt freundlich ein Bäckerei verm. Martin.

Kauf Villa Miete

eventuell möbliert in nächster Umgebung von Kipsdorf
zu kaufen oder zu mieten geacht. Angeb. unter
„S. 82“ an Alo. Haasenstein & Vogler, Dresden.

**Inserieren Sie
in der Weiber-Zeitung!**
und Sie werden Ihre Ware los, denn die
„Weiber-Zeitung“ ist die verbreitetste Zeitung in
Stadt und Land

Für Zahnlidende!

**Zahnpraxis Paul Gross, Dentist,
Hotel „zur Post“ in Glashütte.**
Schönendie jüngstige Behandlung. — Garantierten Zahnerfolg und
Plomben in Gold, Goldeisen und Rautschuh.
Sehr niedrige Preise!

Zuchtkühe,
höchstgut, siehe preiswert zum Verkauf
Anton Glödner,
Dippoldiswalde. — Telefon 59.
Verkauf auch halbjähriger Hund Dobermann-Härtard.

Emschleife
sämtliche Rämme und Büsten-
waren, Zahnsplatten, Spatzen-
stücke, Neuerungen in Haar-
stücke, Geschenk-Stückel.
Emma Heimann

Suche zu kaufen aus Privat-
hand gutes gebrauchtes

Pianino
und erbliche Öfferten mit Preis
u. Firma an Anton Bühl,
Dresden, Ermeister 11.

Birnbaum- und Apfelbaumstöcker
taut
H. Krumppolt,
Buckmühle-Schmieberg.

Schlag- und Pferde
taut
um höchsten Tagespreis
Kohlschäfer Paul Bieden.
Tel. 97.

6 junge Hunde
billig zu verkaufen
Wollergasse 74, I.
Gans zugelassen
Polizeiwache.

Saiten für Lauten
Saiten, Gitarren u. s. w. sowie
ähnliche Instrumente bei
Edmund Reichold,
Dippoldiswalde, Markt 12.

**Fernsprechteilnehmer-
Berzeichnis**
der Unter Dippoldiswalde, Schmieberg-Altdorf und Lauenstein
Handbuch und überblick
Preis 3 Mark.

In Dippoldiswalde beim Verlag, Buchdruckerei Carl Jehne
in Schmieberg: Buchbinderei und Buchhandlung Räßner
in Altdorf: Druckerei Paul Holler
in Altenberg: Buchbinderei Schillie
in Gelenzig: Buchbinderei Herrschel
in Lauenstein: Mag. Koppsch
Zum Zeitungsausträger der "Weiber-Zeitung"
nehmen Bestellungen an

Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 47

Freitag den 24. Februar 1922

88. Jahrgang

Ursachen der Wirtschaftskrisis.

Woher kommt die ungeheure Krise, die gegenwärtig und schon seit geraumer Zeit auf Weltwirtschaft und Welthandel lastet? Das ist eine Frage, der gerade wir Deutschen jetzt vor der Konferenz von Genua die größte Aufmerksamkeit schenken sollten. Überblick man da das reiche Material und fügt dazu gewisse eigene Überlegungen, so gewinnt man etwa folgendes Bild:

Zunächst hindert die ungeheure Verarmung, bei großer früher blühender Völker, insbesondere Deutschland und Deutsch-Oesterreich, anheimgefallen sind, diese Völker, im Welthandel auch nur annähernd in dem früheren Umfang das Notwendige und Wünschenswerte zu erwerben. Diese Verarmung ist aber keineswegs nur durch den Weltkrieg verursacht, sondern größtenteils eine Folge der gierigen und schamlosen Raubpolitik, die die Siegerstaaten bei den Friedensschlüssen nach dem Weltkrieg und seitdem getrieben haben und die insbesondere auch in der ungeheuren Überlastung der besiegten Völker mit „Reparationen“, Besatzungskosten u. dergl. zum Ausdruck kommt. Gadezu verhängnisvoll für den Welthandel geworden sind aber die ungeheuren Wertunterschiede und die unaufhörlichen und gewaltigen Schwankungen des Wertverhältnisses des Geldes der verschiedenen Länder untereinander, die während und besonders nach dem Kriege Platz gegriffen haben. Durch diese Verhältnisse ist der internationale Warenaustausch auf das schwere beeinträchtigt. Diese Verhältnisse geben aber ihrerseits zum großen Teile wiederum auf die unerträglichen Zustände zurück, die durch den Frieden von Versailles usw. für Deutschland und zahlreiche andere Länder geschaffen worden sind und die auch eine Hauptursache für die jede Stetigkeit der Währung zerrüttende unaufhörliche Schaffung immer neuer Massen von Papiergeleb bilden. Ursachen mehr geistiger Art schließen sich an. Der noch immer die Welt erfüllende politische und wirtschaftliche Haß und Neid und die Überhebung, die überhaupt kein Ausblühen des Nachbarn oder Konkurrenten neben sich sehen können, der — sehr gerechtfertigte — Mangel an Vertrauen auf die Dauerhaftigkeit des in Versailles, St. Germain usw. geschaffenen Werkes unsinniger Gewaltpolitik, die trüben Erfahrungen, die im Weltkrieg mit der Unverlässlichkeit des Privateigentums in fremden Ländern gemacht worden sind, die weitgehende Verdrängung des reellen Geschäftsgeistes durch den Geist mehr oder minder rücksichtsloser Spekulation — al das und noch manches andere mehr sind Umstände

die nach der Stimmung, wie sie für einen wirklichen, vertrauensvollen Welthandel zwischen den Völkern erforderlich ist, stark hindernd in den Weitstellen. Der Ausfall des durch den Bolschewismus völlig zerstörten Russland auf dem Weltmarkt und die seit dem Krieg besonders beschleunigte Entwicklung eigener Industrien in Ostasien, Indien, Nord- und Südamerika und Südostasien sind weitere wichtige Ursachen. Auch die Zerrümmerung des ganzen mittleren Europa in eine größere Zahl von Staaten als vorher behinderte den Welthandel sehr.

Überblick man all das zusammen, so stößt man doch immer wieder vor allem auf die eine große Grundursache: auf den Frieden von Versailles und die anderen Friedensschlüsse nach dem Weltkrieg. Toten und Handlungen, die von einer so entsetzlichen und geradezu teuflischen Gesinnung eingegeben sind wie diese Friedensschlüsse, müssen schließlich die schwersten Früchte bringen, und es ist nur billig, daß nun auch die Siegervölker mehr und mehr diese gallen bitteren Früchte durch die große Weltwirtschaftskrise zu kosten bekommen.

Aus Stadt und Land.

** Selbstmord eines ungetreuen Beamten. In Halmeln erschoss sich der Oberaufseher Brandes in seiner Wohnung. Er war wegen der in letzterer Zeit im Gefängnis vorgekommenen Durchsuchereien zur Disposition gestellt worden.

** Ein neuer Zwischenfall in Gleiwitz. Am 19. ds. Ms. traten aus einem Gasthause in Gleiwitz drei französische Soldaten, von denen einer einen Revolver in der Hand hielt, anscheinend in angehertem Zustande auf die Straße. Die Franzosen riefen einer Gruppe von Bürgern zu: Hände hoch! und im gleichen Augenblick feuerte der bewaffnete Franzose einen Schuß auf die Bürger ab, ohne jemand zu treffen. Der an der nächsten Straßenecke postierte Diensthabende Polizeiwachtmeister Paul Rüsenberg trat auf die Gruppe zu und forderte die Leute in ruhigem Tone zum Weitergehen auf. Ohne ein Wort zu sagen, erhob der bewaffnete Franzose den Revolver gegen den Polizeibeamten und stieß ihn durch einen Kopfschuß nieder, worauf die Franzosen die Flucht ergriessen.

** Ein gestohlerer Millionenschmuck wieder gefunden. Einer Kölner Dame wurde Ende Januar in Berchtesgaden aus einem Koffer ein Schmuck im Werte

von einer Million Mark in aller Heimlichkeit gestohlen. Jetzt ist es der Münchener Polizei gelungen, den Täter zu verhaften und den ganzen Schmuck wieder einzubringen.

** Schulstreik um einen Lehrer. Aus Höchst am Main wird der Ausbruch eines Schulstreiks in Niel gemeldet. Die sozialistische und kommunistische Elternschaft hat den Streik proklamiert, um von der Regierung die Amtstellung eines Lehrers Fid aus Sauerthal zu erlangen. Die zu besetzende Lehrerstelle ist bestimmungsgemäß einem evangelischen Lehrer vorbehalten. Fid, der bis jetzt noch der katholischen Kirche angehört, wird von der katholischen Elternschaft abgelehnt.

** Von einem Steinadler angegriffen. In Holzbauern in Westfalen wurde der Steinbruchbesitzer Kochhorn von einem plötzlich herabstürzenden Steinadler angegriffen. Er brachte den Raubvogel, der eine Flügelspannweite von 2,20 Metern hat, durch Schläge mit einem dicken Knüppel zur Strecke.

** 360 000 Mark beim Roten Kreuz unterschlagen. Zwei Boten des Roten Kreuzes in Berlin im Alter von 19 und 20 Jahren unterschlugen 360 000 Mark und flüchteten mit dieser Summe. Es handelt sich um Privatgelder, die durch das Rote Kreuz an Angehörige in Russland befördert werden sollen.

** Wieder deutsche Strafensäuber im Rheinland. Wie aus Wiesbaden gemeldet wird, entfernen die Franzosen, anscheinend auf einen Wink der Rheinlandkommission, alle seit Beginn der Besetzung angebrachten französischen Strafenbezeichnungen. Die Franzosen endlich davon überzeugt zu sein, daß weder Zuckerbrot noch Peitsche das urdeutsche Rheinland und seine lernende Bevölkerung französisch machen können.

** Eine neue deutsche Großstadt. Die Stadt Buer im Rheinland hat sich zu einer neuen Großstadt entwickelt. Sie liegt im Herzen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes und ist durch hervorragende Arbeitersiedlungen weit bekannt. Der 100 000 Einwohner von Buer, durch den die Stadt zur Großstadt wurde, ist das erste Kind eines Bergmanns, ein Mädchen. Als Wiegengeschenk erhielt das Kind von der Stadt ein Sparkassenbuch über 5000 Mark.

** Sandregen in Italien. In Salerno kam ein merkwürdiger Regen vom Himmel. Während einiger Stunden ging ein Regen von sehr feinem, fast unzählbarem Sande nieder. Der gelbrote Regen ließ sich auf den Dächern und in den Straßen der Stadt in einer Schicht von mehreren Zentimetern nieder.

Die Lust hatte eine blassrote Färbung. Die Einwohner beeilten sich, ins Innere der Häuser zu kommen, denn die Lust war nicht einzutragen. Man nimmt an, daß der Wind, der von der Seeseite herkommt, den Sand aus der Sahara mitgebracht hat.

** Sommerzeit in Russland. Aus Erfahrungsrücksichten ist in der Nacht zum 16. Februar da. Es in ganz Rüterland der Stundenzeliger um eine Stunde vorgerückt worden. — Aus den jetzt veröffentlichten Ergebnissen der russischen Volkszählung seien folgende Zahlen berichtet: Nach der Zählung im Jahre 1921 sind die 50 Gouvernements des europäischen Russlands von 34 600 000 Männern und 42 200 000 Frauen bewohnt, insgesamt von 76 800 000 Personen. Im Vergleich zum Jahre 1917 bedeutet diese Zahl einen Rückgang der Bevölkerung um 46 Millionen. Gegen das Jahr 1914 weist die Bevölkerung Russlands gegenwärtig eine Verminderung von 60 Millionen, d. h. von etwa 40 v. H. auf.

** Der weiße Tod. Nach Meldung des Innsbrucker „Alpenland“ sind bei Lawinenstürzen in der Umgebung von Kuchtal der Kaufmann Joseph Dauscher aus Oberhausen in Bayern und der Schneidermeister Strubitz aus Dresden tödlich verunglückt.

Kleine Nachrichten.

* In Bonn starb Prof. Dr. Otto Kampf, der Dichter der „Hilda hospitalis“ und anderer Studentenlieder sowie Verfasser mehrerer Lust- und Gesellschaftslieder, im Alter von 72 Jahren.

* Die Zahl der Sterbefälle in Mensberg an der Grippe und ihren Folgeerscheinungen ist derart groß, daß im Laufe des Januar etwa die Hälfte der auf das ganze vergangene Jahr entfallenen Todesfälle zu verzeichnen gewesen ist.

* Die Stadtverordnetenversammlung in Hagen i. W. schloß den Antrag von vier Millionen Mark für das Stadttheater ab und beschloß, das Theater zu schließen.

Gerichtssaal.

** Der Fall Nähne. In der Angelegenheit des Mittergutsbesitzers von Nähne auf Schloss Bezdow, der beschuldigt wird, den Arbeiter Rietert ohne jede Rechtfertigung erschossen zu haben, ist von der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Potsdam die Voruntersuchung wegen versuchten Totschlags eröffnet worden. Der Untersuchungsrichter beim Landgericht Potsdam ist mit den Ermittlungen betraut worden.

± Sühne für einen Handgranatenanschlag. Zur besonderen Sitzung verhandelte das Memeler Schwurgericht gegen die Urheber des Handgranatenanschlags gegen die Teilnehmer an der Abschiedsfest für den Landrat Dr. Swart am 20. Januar in Heydekrug. Das Urteil lautete gegen den Hauptanstifter, den Arbeiter Franz Jezsak, auf 12 Jahre Buchthaus, gegen den russischen Staatsangehörigen Iwan Semjonikin, der mit einer Handgranate ergriffen wurde, auf 6 Jahre Buchthaus und gegen den Mechaniker Wilhelm Klemm auf 5 Jahre Buchthaus. Der Arbeiter Jezsak, der den Anschlag verriet, wurde freigesprochen.

Des Mannes Dämon.

Roman von Erich Ebenstein.

(39. Fortsetzung.)

Irene nahm mit nur schwer unterdrückter Frustration neben ihm Platz. Wie komisch diese guten Leute sie anstarnten! Als wäre sie ein Wundertier. Über nach außen hin war sie eitel Freundschaft und herablassende Güte. Niemand ahnte, wie schwer ihr gerade heute die ihr sonst so geläufigen Verstellungskünste fielen. Endlich aber hatte sie mit sämtlichen um die Tasche gescharten Honoratioren einige diese beglückende Worte gesprochen. Aufatmend lehnte sie sich im Stuhl zurück, griff zu ihrer Vornette und blieb durch die offene Tür in den Tanzsaal, wo sich unermüdlich die Paare drehten. Bernd war nicht hier! Was sollte das bedeuten? Kam er überhaupt nicht? Bestimmt und gelangweilt sah sie vor sich hin. Ein Herr von Kolkreut, der vorübergehend als Volontär in der Wildenmarkter Oberschule weilte und Irene einmal vorgestellt worden war, kam, um sie zum Tanze aufzufordern.

„Nur Spaßeschäfer, gnädigste Gräfin! Damit wir wissen, wie es sich in einer Bauernschenke tanzt!“

Irene überlegte unschlüssig. Sollte sie es wagen? Dann stand sie mit einem belustigten Lachen um die Mundwinkel auf.

Schließlich war ein Tanz der tödlichen Langeweile vorzuziehen. Außerdem konnte Bernd, wenn er kam, sich ihr draußen unauffälliger nähern.

Herr von Kolkreut, dessen Monosel durchaus nicht parieren wollte und von seinem Besitzer immer wieder vors Auge gedrückt werden mußte, warf einen spöttischen Blick auf die Tänzerinnen, die ihnen bereitwillig Blasen machten, und versuchte es dann mit geistreicher Konversation, ohne indessen damit bei seiner Tänzerin viel Gegenliebe zu finden.

„Wird er noch kommen oder nicht?“ dachte Irene, innerlich erregt und ohne auf das sade Geschwätz ihres Tanzers zu achten. „Hassen könnte ich ihn, wenn er wirklich nicht käme!“

Plötzlich zuckte sie zusammen und blieb mitten im Tanz stehen, die Augen starr nach einem der kleinen Fenster gerichtet.

Draußen im Dämmerlicht des sinkenden Tages stand ein Mann, das Gesicht dicht an den Scheiben, und starnte sie aus dunkel glühenden Augen an.

Malveida! War es möglich? Der Tolle . . . Freche . . . ! Sie wurde rot und bleich vor Zorn. Nicht über seine Liebe, sondern über diese wahnwitzige Unbesonnenheit.

„Entseßliche Atmosphäre — bin auch schon ganz schwindselig!“ sagte Kolkreut, sich mit dem selben Taschentuch über die Stirn fahrend. „Befehlen Gräfin, daß wir in das andere Zimmer zurückkehren?“

„Nein . . . ja . . .“ murmelte Irene, noch ganz benommen von ihrer Entdeckung. Was fiel dem Menschen nur ein, hier plötzlich aufzutauchen? Gedachte er denn gar nicht, daß er sie dadurch bloßstellte? Wenn ihr Mann ihn bemerkte, dann erwachte sein seit der Abreise von Paris so geschickt eingeschläferter Argwohn

wieder im vollen Umsange, und sie war absolut keinen Augenblick mehr vor seinen Spionen sicher.

Zum zweitenmal zuckte sie zusammen: ein Knabe, der sich geschickt durch die Menge gewunden, drückte plötzlich verstohlen in ihre schlaff herabhängende Linke einen Bettel und war im nächsten Augenblick wieder verschwunden.

Irene stand statt vor Wut und Überraschung. Sie zweifelte keinen Augenblick, daß ihr Malveida da irgendwelche Boshaft gesandt hatte. Was tun? Sie einfach fallen lassen? Dann konnte jeder beliebige Mensch sie aufheben und lesen . . . Wer weiß, was dieser Betrüger ihr geschrrieben!

Nein. Sie wollte den Bettel lesen und dann . . . o dann . . . sie knirschte innerlich vor Wut — dann wollte sie diesem Menschen derartig dienen, daß er es im Leben nicht wieder wagen sollte, sich ihr ungerufen in den Weg zu stellen!

„Bitte, lieber Herr von Kolkreut, holen Sie doch meinen Pelz aus dem Nebenzimmer, ja?“ sagte sie bestechend liebenswürdig. „Wir wollen ein wenig vor Haus hinausgehen — ich ertrage diese ständige Lust hier im Saal nicht länger.“

Während Kolkreut davontanzte, um ihrem Befehl nachzukommen, trat Irene abseits, entfaltete geschickt ihr Taschentuch, wie um sich Kühlung zuzuführen, und las dabei:

„Ich muß Sie unbedingt sprechen. Seit zwei Wochen hier, warte ich insgeheim auf den Moment, der mir dies ermöglicht. Hinter dem Hause befindet sich eine alte Regelbahn — dort warte ich auf Sie! Ich bin wahnwitzig vor Sehnsucht, wahnwitzig vor Liebe! Wenn Sie nicht kommen, begehe ich irgend etwas Verbrechtes . . . und müßte ich mir ein Widersehen mit Gewalt erzwingen!“

Irene lächelte, als sie den Bettel verstohlen in ihren Handschuh schob. Aber es war ein böses Lächeln.

Als Kolkreut zurückkam, ließ sie sich von ihm den Pelz umhängen und schritt an seinem Arm hinaus.

Im Flur stand sie plötzlich Bernd gegenüber. Er verneigte sich vor ihr steif und besangen mit einem fragenden Blick auf Herrn von Kolkreut, den er nicht kannte. In liebenswürdigster Weise erwiderte Irene seine Begrüßung und stellte die Herren einander vor. Innerlich aber verging sie vor Enttäuschung, denn mit unfehlbarem weiblichem Instinkt fühlte sie sofort: Er ist verändert. Sein Blick ist nicht frei. Er ist mehr bestürzt als freudig bewegt bei meinem Anblick . . .

Aber sie hatte jetzt keine Zeit, sich eingehender mit der Frage zu beschäftigen, welche Ursache dieser Veränderung zugrunde lag. Die Hauptursache war schließlich, daß er allein erschienen und Ruth nicht mitgekommen war. Ihr Herbleiben aber konnte nur bedeuten, daß sie überhaupt nicht mehr in Betracht kam. Er hatte also bereits mit ihr abschieden! Die Würfel waren gefallen!

(Fortsetzung folgt.)

Saubere Büstenarten liefert Buchdruckerei G. Jach

175.

Dippe
Schillen
lich zum
Kostümse
dieses Fe
den schör
Als Gru
schusses
und De
Baumf
halten de
Die mä
Ostseite
turm un
der Lan
die Kir
Dogenpa
vor Fest
eller und

zeigte eine Holzdecke mit dem über die Schrecken der Hölle siegenden Heiland, einem Gemälde in Leimfarbe vom Anfang des 17. Jahrhunderts. Die gegenwärtige Decke widerspricht dem ganzen alten Kunstwerke. Die Seitenschiffe zeigten schmucklose Holzdecken. Ungegliederte Pfeiler tragen die gleichfalls ungegliederten Bögen, die im Spitzbogen geschlossen sind. Hinter dem sich stumpf schließenden Triumphbogen springt das Altarchoor zurück und ist mit einem stark überhöhten Kreuzgewölbe überdeckt. Die fragenden Gewölbedienste haben Säulenköpfe mit frühgotischem Blattwerk in verschiedensacher Entwicklung, deren Eindruck aber durch die Uebertünchung und Bemalung gelitten hat. Die Lage des Rundfensters außer der Mitte des Westgiebels ist weder durch eine sagenhafte Geheimtreppe, noch durch die Stellung des großen Christoph bedingt gewesen, sondern rein absichtslos.

Das Innere der Kirche hat in seiner malerischen Ausstattung bei einer 1882—1883 durch Architekt Möckel erfolgten Erneuerung, welche auch die berührte Holzdecke einfügte, verloren. Zum Teil vorher bereits erkennbare Legendendarstellung wurden bloßgelegt, sind aber durch die Spitzhaken des Maurers erheblich entstellt. An beiden Seiten des Mittelschiffes wurden je zwei Reihen mit je 15 Feldern Heiligendarstellungen vorgefunden, von denen die der Südseite erhalten werden konnten. Die vermutlich die Nikolauslegende behandelnden Darstellungen, welche wenigstens bis ins 14. Jahrhundert zurückreichen, verbleichen trotz angebrachten Wachsüberzuges. Der Versuch der Königl. Kommission zur Erhaltung der Kunstdenkmäler, sie durch von einem Künstler nach Pausen in Leimfarben hergestellte Gemälde zu verhängen, hat 1901 nicht die Billigung der einschlägigen Stelle gefunden. Auf der linken Hälfte der westlichen Giebelwand fand sich auf verschiedenen Schichten Christus im Mantel, neben ihm ein Bischof und eine eigenartige Darstellung der Marterwerkzeuge. Die rechte Hälfte nahm vor der Erneuerung das Bildnis des heiligen Christoph ein, unter welchem Riesengemälde man die Spuren einer kleineren Christophdarstellung entdeckte, welche nach der Eigenart der Fußstellung auch der Gründungszeit entstammen könnte. Den Raum über dem Triumphbogen füllte ein gotischer Fries links und rechts einer Figur, vielleicht des heiligen Nikolaus. Darüber befand sich die Darstellung von Handwerkszeugen, wie sie ähnlich, aber in Stein gegeben, in der Ruine Questenberg in der preußischen Provinz Sachsen zu finden sind. Die nördliche Längsseite wies zwischen zwei Fenstern zwei durch Abklopfen bloßgelegte dreieckige Wappenschilde auf, von denen eines das Dohnaische Hirschgeweih, weiß in grünem Felde, das andere blanke weiße Farbe zeigte. Leider sind selbige bei der Erneuerung in der Farbengebung verwechselt worden. Die Grafen von Dohna sind seit 1349 im Besitz des eingepfarrten Kirchdorfs Oberhänslich, seit 1388 Herren von Dippoldiswalde, das sie 1401 an den Markgrafen Wilhelm verlieren. Von 1349—1401 haben diese mächtigen Herren Einfluss auf die Kirche gehabt und ein Teil der malerischen Ausschmückung mag wohl auf dieselben zurückzuführen sein, wie das Wappen andeutet. Ein Fries unter der Decke zeigte allerlei geometrisches Maß- und Laubwerk, dessen Vorbilder bei Neuerstellung Verwendung fanden. In einer Nische

auf 6 Jahre Zuchthaus und gegen Wilhelm Klemm auf 5 Jahre Buchthaus. Der Arbeiter Jessian, der den Anschlag verriet, wurde frei gesprochen.

denn gar nicht, daß er sie dadurch ihr Mann ihn bemerkte, dann er Abreise von Paris so geschickt eing

der Südwand der Kirche haben vier kleine Reliefsgruppen, die vier Evangelisten nebstd ihren Sinnbildern, ein kleines Bildnis und eine segnende Christusfigur, in einem Schreine Platz gefunden, nachdem sie 1909 durch die Malerwerkstätte der Kommission zur Erhaltung der Kunstdenkmäler instand gesetzt worden sind. Beachtenswert ist eine gotische Tafel um 1520, welche ein Sakramentsgefäß, von Engeln getragen, zeigt. Nebenan bemerken wir eine bemalte Holztafel, darauf den heiligen Petrus mit dem Schlüssel.

Auf Ersuchen des ev.-luth. Landeskonsistoriums 1907, die Instandsetzung der Nikolaikirche zu übernehmen, gab das Agl. Ministerium der Folgen halber einen ablehnenden Bescheid, bewilligte aber, nachdem der Kirchenvorstand beschlossen hatte, ein Darlehn von 4000 M. aufzunehmen, 1908 12 000 M. zu Erneuerungsarbeiten, die für Ausführung der Arbeiten durch Architekt Lossow 1908 und 1909 ausgezahlt worden sind.

Das verstümmelte alte Flügelaltarwerk, welches in seinem Oberbau aus fremdartigen Stücken zusammengesetzt war, wies im Mittelschrein die Mutter Gottes nebstd der heiligen Sippe auf. Die Innenflügel führten zwei Oelgemälde: das zurückgewiesene Opfer des heiligen Joachim und die Verkündigung seiner Vaterschaft. Die Außenflügel zeigten den Heiland, gefesselt, mit Dornenkrone und Palme und die Schmerzensmutter mit dem Schwerfe in der Brust und dabei den betenden Stifter. Der Ausdruck der Heiligenanthe, voll dieser Andacht, innigen Gefühls und wesenseigener Nachdenklichkeit, die große Ähnlichkeit mit der Blende der Stadtkirche und dem Altarwerk zu Seifersdorf, 1518 bezeichnet, auch in der äußerer Ausstattung weisen darauf hin, daß sie Werke ein und desselben Meisters wie die letzteren sind. Sicher ist Mal Jorge, 1507, auch Jorge Moler genannt, 1534, der Dippoldiswalder Bürger und Ratsherr, als Schöpfer der genannten Werke zu betrachten. Ihm würden außerdem noch die Altäre zu Oberbobritzsch und Friedrichswalde, vielleicht auch die von Hainichen und Technitz zuzuweisen sein. Das Gemälde des Abendmahls stammt aus dem 17. Jahrhundert und die doppelte, geschnitzte Figur, zwischen zwei Säulen gestellt, röhrt kaum vom ursprünglichen Werke her.

Vorstehend besprochener Schnitzaltar war zu Erhaltungsarbeiten der Werkstätte der Kommission eingesandt worden. Da aber dieselben einer Neuherstellung fast gleichgekommen wären, so erfolgte ein Ausschreiben zur Erlangung von Entwürfen zu einem neuen Altar. Hauptbedingung für denselben war die ungeschmälerte Verwendung der alten Hauptteile und die Vereinigung mit neuen Teilen, nicht in der Kunstweise der alten, sondern so, daß das Neue als solches zu erkennen sei, und doch alles eine künstlerische Einheit bilde. Auch sollte bei Herstellung die alte Arbeitsweise zur Anwendung kommen. Bildhauer Burkhardt hat mit seinem Werke, das 1913 aufgestellt worden ist, die gestellte Aufgabe gelöst. Die Triumphkreuzgruppe ist von ihrer ursprünglichen Stelle auf einem Balken im Triumphbogen entfernt und in einem Bogen der Südseite des Mittelschiffs das Schnitzwerk des heiligen Nikolaus vor einem der Pfeiler derselbst aufgestellt worden. Beachtenswert sind die Verzierungsformen der Frührenaissance auf der Bischofsmütze des letzteren, welche auf die Ent-

, daß er sie dadurch bloßstellte? Wenn bemerkte, dann erwachte sein seit der Araxis so geschickt eingeschlafeter Argwohn

Saubere Visitenkarten liefert Buchdruckerei G. Scheit

59

stehungszeit von 1510—30 hindeuten. Ein rundes Glasbild, auf Mag. Pastor Glaser bezüglich, ist durch die Erneuerung erst in des Architekten Sammlung, dann aber zurückgekommen und befindet sich im Kirchenarchiv. Von einigen Vortragsskreuzen legen drei als gut entworfen und geschnitten Zeugnis von bemerkenswerter Dippoldiswalder Schlosserkunst ab. Die Kanzel ist eine schlichte, aber tüchtige Lischlerarbeit.

Das Äußere der Kirche ist in seiner Gesamtheit durchaus schlicht. Die romanischen Rundbogenfriese stützen sich auf Eckleisten, soweit sie das Schiff zieren, die Kleeblattvogengesimse des Altarchores, das im unregelmäßigen halben Zehneck geschlossen ist, werden von verschiedenartigen Trägern gestützt. Nach Georg Veders Karte von 1582 trug die Nikolaikirche einen Dachreiter, der bei einer Erneuerung des Dachgebälks in Wegfall gekommen ist. 1697 wurde an ihr gebaut. Bei der Erneuerung 1882—83 war die Grufplatte des Ritters in der Rüstung der Zeit Kaiser Maximilians an die Giebelseite versetzt worden. Sie galt als Grabschmuck der Gruft des älteren Sigismund von Maltitz, freilich im Widerspruch mit dem Zweck des Grabgewölbes unter dem Turme der Stadtkirche. Mit viel mehr Wahrscheinlichkeit deute ich die Ritterdarstellung als die Christophs von Loß, Besitzers von Berreuth, Paulsdorf usw., der ins Kirchspiel gehörte. Eine zweite Grabplatte mit dem halberhabenen Bildnis einer Frau mit Haube, Mäntelchen, langem Kleide und auf der Brust gefalteten Händen mit der Umschrift in Großbuchstaben: Anno 1624 den 16. Januar ist in Gott entschlafen die Ehren- und Tugendsame Frau Maria Herrn Wolffen (Seiferten?) Bürger und des Rahts alhier Ehelige Hausfrau Ihres Alters in 27. Jahr. Der Seelen Gott Gnade. Dabei ein Wappen der Spätrenaissance: eine Schnecke mit Haus über einer Pfeilspitze. Darunter ein kleines auf der Spitze stehendes Quadrat. Da trotz des angebrachten Wachsüberzuges die Zerstörung beider Platten rasch vorwärts schritt, wurden sie wieder in das Innere der Kirche zurückgeführt. An der Südseite der Kirche befindet sich das Grabmal des wohlhabenden Töpfermeisters Daniel Weise, † 1696; das gut erhaltene Grabmal ist umrahmt mit trauernden, aber auch den Sieg über den Tod durch den Kranz versinnlichenden Engeln. Das Grabmal des Amtmanns Gottfried Heinrich Pauli, 1616—1703, zeigt in ähnlicher Weise Genien des Todes und Lebens. Das Erinnerungsmal des Bürgermeisters Gottfried Pauli schmücken die Sinnbilder der Gerechtigkeit, Wage und Schwert, siegverkündende Engel mit Krone und Palmzweig und Glaube und Liebe. Beide vorliegende Grabmale stammen aus der Lessingschen Gruft. Die letztere ist mit Sinnbildern des Todes und der Liebe und über ihnen dem siegenden Heiland, sowie links und rechts mit zwei Vasen, aus denen eiserne Lilien aufspringen, geziert. Das Andenken der acht Mitglieder des Kirchspiels, welche im deutsch-französischen Kriege 1870/71 gefallen sind, wird durch eine schlichte Tafel, von Baumeister E. Otto Schmidt entworfen, erhalten. Sie wurde am 26. November 1871 an der Außenwand des Altarraumes der Nikolaikirche eingesezt. Neben dem Altarchore befindet sich das Grabmal eines Jünglings, Friedrich Gottlieb Kühnels, 1762—85,

brangung des reichen Schatzes — mehr oder minder rücksichtsloser Spekulation — das und noch manches andere mehr sind Umstände

funden. Einer Kölner Dame wurde Ende Berchtesgaden aus einem Koffer ein Schmuck

bekrönt durch eine Urne und geschmückt mit einem edel gebildeten Reliefkopf in länglichrunder Umräumung, umgeben von Rosengewinden, erneuert 1875. Unweit davon steht das schlichte Denkmal eines Wohltäters der Stadt, des Amtswundarztes Kiebsch, 1762—1839, und seiner Gemahlin, das von der Stadt in Pflege gehalten wird. An der Nordecke des Schiffes, unfern des Einganges zum Altarchor bemerkten wir ein Denkmal von ähnlichem, nur bescheidenetem Aufbau wie die Paulischen Denkmäler der Südseite, dessen Inschriften nicht mehr zu lesen sind. Ein schlichter Stein, mit dem Bilde eines Mägdleins mit Blumenstrauß, vom Jahre 1628 trägt die rührende Inschrift:

Begraben liegt ein Roselein hie,
Welches abgebrochen etwas früh
Durchs Todes Hand, der nicht ansieht,
Ob Reiss sei oder hab verblüht.

Eine weitere Grabplatte ist dem Andenken der Eleonore Wildhagen, „einer Mutter mit 4 Hagen“ gewidmet. Ihr Bildnis zeigt sie mit zwei Wickelkindern in den Armen. Sie war nach der Sage Mutter von Vierlingen.

Umgeben ist die Nikolaikirche mit dem uralten Kirchhof und Lining, dessen Mauer auf keiner Darstellung der Stadt zu vermissen ist. In den Schwibbogen derselben befanden sich zahlreiche bürgerliche Grabmäler in Stein, Holz und Eisen, auch Gemälde, von welchen leider beinahe nichts erhalten ist. Hier und auf dem neueren Kirchhof schlummert mancher um das Gemeinwohl verdiente Bürger. An der Mauer der Westseite ist das Grabdenkmal Christoph Ulrichs, vermutlich des Müllers der benachbarten Obermühle (Rengermühle) bemerkenswert. Es zeigt eine Mühle mit dem Mühlrade und der sinkenden Sonne, welche noch einmal die Wolken durchbricht. Ich entziffere die Jahrzahl 1748 (?).

Die südlich der Nikolaikirche auf dem alten Friedhofe vorhandene Leichenhalle wurde im Jahre 1853 errichtet. Die Vergrößerung durch den östlich befindlichen Teil, den neuen Friedhof, mit Anpflanzung von Baumreihen, Errichtung eines hochaufragenden Steinkreuzes und Anlegung von Reihengräbern geschah 1857. 1912 beschloß man eine Tieferlegung des alten Friedhofes bei der Nikolaikirche und Freilegung des Kirchensockels, wozu 1913 der Anfang gemacht wurde.

Auf dem Mühlgarten oder der Mühlwiese beim Kirchhofe und der Hauptmann Jakobischen Mühle (Stadtmühle) stand einst angeblich das alte Pfarrhaus von St. Nikolai. Noch 1727 war seine ursprüngliche Stelle genau bekannt. Es wurde in ein Hospital verwandelt. Das letztere bestand 1539 aus Haus und Garten. Eine Leite, vermutlich die Eichleite, war ihm zur Nutzung überwiesen. Die Einkünfte der Altäre Barbara und des heiligen Leichnams Christi sollten nach dem Tode der Inhaber derselben zum Teil dem Hospital zugewiesen werden. Bis 1686 mußten alle Eingepfarrten zur Erhaltung des Hospitals mit beitragen, erlangten aber, da ihnen die Mitbenutzung nicht zustand, davon Befreiung. 1727 wurden in demselben nicht nur die Kranken und Notleidenden versorgt, sondern es suchten auch Bürger gegen Bezahlung hier ihre Alters-

zeigte ei
Heiland,
Die gege
Seitensc
die gleich
Hinter d
zurück u
fragende
werk in
Uebertür
außer de
heimfre
wesen, s
Das
einer 18
auch die
erkennba
Spizhadt
schiffes i
vorgefun
vermufl
wenigste
brachten
Erhaltur
in Leim
Billigun
westliche
Mantel,
Martern
Bildnis
die Spu
Eigenart
Den Ra
rechts ei
die Dart
graben,
finden s
durch 2
eines do
blanke
der Far
1349 in
Herren
verlierer
die Kirc
auf dies
unter
dessen